

1999

Ausgegeben zu Bonn am 15. Juli 1999

Nr. 17

Tag	Inhalt	Seite
9. 7. 99	Gesetz zu dem Notenwechsel vom 29. April 1998 über die Rechtsstellung der dänischen, griechischen, italienischen, luxemburgischen, norwegischen, portugiesischen, spanischen und türkischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland FNA: neu: 188-94 GESTA: XA001	506
27. 5. 99	Bekanntmachung des deutsch-aserbaidzhanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit ...	532
15. 6. 99	Bekanntmachung der Vereinbarung zur Änderung der deutsch-schweizerischen Vereinbarung über den Austausch von Gastarbeitnehmern (Stagiaires) zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft	534
17. 6. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 88 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Organisation der Arbeitsmarktverwaltung	536
17. 6. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 100 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit	537
18. 6. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 102 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Mindestnormen der Sozialen Sicherheit	538
18. 6. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 113 der Internationalen Arbeitsorganisation über die ärztliche Untersuchung der Fischer	538
18. 6. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Rettung und Rückführung von Raumfahrern sowie die Rückgabe von in den Weltraum gestarteten Gegenständen	539
18. 6. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen	539
21. 6. 99	Bekanntmachung der Ergänzungsprotokolle zum deutsch-ukrainischen Protokoll vom 21. August 1996 über die Zusammenarbeit bei der Eliminierung unterirdischer Raketenstartsilos	540
22. 6. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen	545
22. 6. 99	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Resource Consultants, Inc.“ sowie des Außerkrafttretens der Vorgängervereinbarung	545
22. 6. 99	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „The Chesapeake Center, Inc.“	547
22. 6. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 111 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf	551
22. 6. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung	552

Dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts Teil II ist für Abonnenten die Zeitliche Übersicht über die Veröffentlichungen im ersten Halbjahr 1999 beigelegt.

Gesetz
zu dem Notenwechsel vom 29. April 1998
über die Rechtsstellung der dänischen, griechischen, italienischen, luxemburgischen,
norwegischen, portugiesischen, spanischen und türkischen Streitkräfte
in der Bundesrepublik Deutschland

Vom 9. Juli 1999

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Zustimmung

(1) Dem Notenwechsel vom 29. April 1998 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark, der Griechischen Republik, der Italienischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich Norwegen, der Portugiesischen Republik, dem Königreich Spanien und der Republik Türkei über die Rechtsstellung ihrer Streitkräfte bei vorübergehenden Aufenthalten in der Bundesrepublik Deutschland und den Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit vom selben Tage sowie der Vereinbarten Niederschrift vom 5. Mai 1997 wird zugestimmt.

(2) Der Notenwechsel, die Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit und die Vereinbarte Niederschrift werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Schadensabwicklung

(1) Für die Abgeltung von Schäden finden die Artikel 6, 8 bis 14 und 25 des Gesetzes zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags vom 19. Juni 1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen und zu den Zusatzvereinbarungen vom 3. August 1959 zu diesem Abkommen (Gesetz zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen) vom 18. August 1961 (BGBl. 1961 II S. 1183), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. September 1994 (BGBl. 1994 II S. 2594), in der jeweils geltenden Fassung Anwendung. Zuständige Behörde im Sinne des Artikels 8 des Gesetzes zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen für die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist die Verteidigungslastenverwaltung des Landes Berlin.

(2) Schadensersatzansprüche gegen Mitglieder der Streitkräfte einer Vertragspartei aus Handlungen oder Unterlassungen, die nicht in Ausübung des Dienstes begangen wurden, werden gemäß Artikel 2 Satz 1 mit § 16 Abs. 5 des Streitkräfteaufenthaltsgesetzes vom 20. Juli 1995 (BGBl. 1995 II S. 554) abgewickelt.

Artikel 3

Gerichtsbarkeit

Der Verzicht auf die Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit wird von der Staatsanwaltschaft erklärt. Im übrigen gilt Artikel 4a des Gesetzes zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen in der jeweils geltenden Fassung.

Artikel 4

Inkrafttreten

(1) Artikel 1 tritt am Tage nach der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft.

(2) Im übrigen tritt dieses Gesetz an dem Tage in Kraft, an dem der Notenwechsel für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt. Der Tag des Inkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 9. Juli 1999

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister der Verteidigung
Scharping

Der Bundesminister des Auswärtigen
Fischer

Die Bundesministerin der Justiz
Däubler-Gmelin

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Eichel

Notenwechsel
vom 29. April 1998 über die Rechtsstellung
der dänischen, griechischen, italienischen, luxemburgischen,
norwegischen, portugiesischen, spanischen und türkischen Streitkräfte
in der Bundesrepublik Deutschland

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 29. April 1998

The State Secretary
of the Federal Foreign Office

Bonn, 29 April 1998

Le Secrétaire
d'Etat des Affaires étrangères

Bonn, le 29 avril 1998

Exzellenzen,

ich beehre mich, auf die zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Dänemark, der Griechischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs Norwegen, der Portugiesischen Republik, des Königreichs Spanien und der Republik Türkei geführten Gespräche über die Rechtsstellung ihrer Streitkräfte bei vorübergehenden Aufenthalten in der Bundesrepublik Deutschland Bezug zu nehmen und Ihren Regierungen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

1. (1) Streitkräfte des Königreichs Dänemark, der Griechischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs Norwegen, der Portugiesischen Republik, des Königreichs Spanien und der Republik Türkei, ihre zivilen Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen dürfen sich mit Zustimmung der Bundesregierung vorübergehend in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Hierbei entscheidet die Bundesregierung auch unter Beachtung von Artikel 5 Absatz 3 des Vertrags vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland im Einklang mit der vereinbarten Protokollnotiz gleichen Datums zu diesem Vertrag.

(2) Diese Streitkräfte, ihre zivilen Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen haben in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen die gleiche Rechtsstellung, die ihnen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein gewährt wird.

2. Bei Aufenthalten für Übungen, Durchreise auf dem Landweg und Ausbildung von Einheiten in der Bundesrepublik Deutschland gelten zusätzlich folgende Bestimmungen:

Excellencies,

I have the honour to refer to the discussions held with representatives of the Governments of the Federal Republic of Germany, the Kingdom of Denmark, the Hellenic Republic, the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg, the Kingdom of Norway, the Portuguese Republic, the Kingdom of Spain and the Republic of Turkey concerning the status of their forces during temporary stays in the Federal Republic of Germany, and have the honour on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany to propose to your Governments that the following Agreement be concluded:

1. (1) The armed forces of the Kingdom of Denmark, the Hellenic Republic, the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg, the Kingdom of Norway, the Portuguese Republic, the Kingdom of Spain and the Republic of Turkey, their civilian components, their members and dependants may, with the approval of the Federal Government, stay temporarily in the Federal Republic of Germany. The decision of the Federal Government shall be taken also in compliance with paragraph 3 of Article 5 of the Treaty of 12 September 1990 on the Final Settlement with regard to Germany and in accordance with the Agreed Minute to that Treaty of the same date.

(2) These armed forces, their civilian components, their members and dependants shall have the same legal status in the Länder of Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt and Thuringia as are granted to them in the Länder of Baden-Württemberg, Bavaria, Bremen, Hamburg, Hesse, Lower Saxony, North Rhine-Westphalia, Rhineland-Palatinate, Saarland and Schleswig-Holstein.

2. With regard to presence for exercises, transit by land and training of units in the Federal Republic of Germany, the following additional provisions shall apply:

Excellences,

Me référant aux entretiens menés entre des représentants des Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, du Royaume du Danemark, du Royaume d'Espagne, de la République hellénique, de la République italienne, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume de Norvège, de la République portugaise et de la République turque sur le statut de leurs forces armées lors d'un séjour temporaire en République fédérale d'Allemagne, j'ai l'honneur de proposer à vos Gouvernements, au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, de conclure l'Accord suivant:

1. (1) Les forces armées du Royaume du Danemark, du Royaume d'Espagne, de la République hellénique, de la République italienne, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume de Norvège, de la République portugaise et de la République turque, leurs éléments civils, leurs membres et leurs personnes à charge auront le droit, avec le consentement du Gouvernement fédéral, de séjourner temporairement en République fédérale d'Allemagne. Ce dernier décidera en tenant également compte des dispositions du paragraphe 3 de l'article 5 du Traité du 12 septembre 1990 portant règlement définitif concernant l'Allemagne et en conformité avec la Minute agréée au traité précité, datée du même jour.

(2) Ces forces armées, leurs éléments civils, leurs membres et leurs personnes à charge bénéficieront, dans les Länder de Berlin, Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt et Thuringe, du même statut que celui qui leur est accordé dans les Länder de Bade-Wurtemberg, Bavière, Brême, Hambourg, Hesse, Basse-Saxe, Rhénanie-du-Nord-Westphalie, Rhénanie-Palatinat, Sarre et Schleswig-Holstein.

2. Pour les séjours destinés aux exercices, le transit par voie terrestre et la formation d'unités en République fédérale d'Allemagne, les dispositions suivantes complémentaires seront applicables:

(1) Telekommunikation

- a) Für die Inanspruchnahme öffentlich angebotener Telekommunikationsdienstleistungen in der Bundesrepublik Deutschland gelten neben den allgemeinen deutschen Vorschriften die jeweiligen Geschäftsbedingungen des Dienstleistungserbringers; dies gilt insbesondere für die Art und Weise der Berechnung der Entgelte, der Rechnungserstellung und der Begleichung der Rechnungen.
- b) Die Streitkräfte des Entsendestaats können, soweit dies zur Erreichung des Zwecks ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland erforderlich ist, mit Zustimmung der zuständigen deutschen Behörden vorübergehend Fernmeldeanlagen einschließlich Funkanlagen errichten und betreiben. Soweit Verleihungen erforderlich sind, werden sie durch das Bundesministerium für Post- und Telekommunikation erteilt.
- c) Fernmeldeeinrichtungen der Streitkräfte des Entsendestaats, die an Anschlüsse oder Übertragungswege der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland angeschaltet werden sollen, bedürfen hierfür der Zulassung. Das Verfahren für die Zulassung von Funkanlagen wird zwischen dem Bundesministerium für Post- und Telekommunikation und den zuständigen Stellen des Entsendestaats besonders vereinbart.
- d) Die Streitkräfte des Entsendestaats benutzen in der Bundesrepublik Deutschland nur die Frequenzen, die ihnen von den zuständigen deutschen Behörden zugeteilt sind. Das Verfahren für die Zuteilung und die Änderung der Frequenzen wird zwischen dem Bundesministerium für Post- und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland und den zuständigen Stellen des Entsendestaats besonders vereinbart. Am Ende des Aufenthalts der Streitkräfte des Entsendestaats gehen die Frequenzen an die deutschen Behörden zurück.
- e) Die Streitkräfte des Entsendestaats treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um Störungen der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland durch ihre Fernmelde- oder andere elektrische Anlagen zu vermeiden. Verursachen Funkstellen der Streitkräfte des Entsendestaats schädliche Funkstörungen bei Funkstellen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland oder werden sie von solchen Funkstellen in schädlicher Weise gestört, so verfahren die deutschen Behör-

(1) Telecommunications

- a) The use of telecommunications services offered to the public in the Federal Republic of Germany shall be subject both to general German regulations and the respective terms of business of the suppliers of services; this shall apply in particular to the way in which payments due are calculated and invoices prepared and settled.
- b) The armed forces of the Sending State may, whenever necessary to achieve the purpose of their stay in the Federal Republic of Germany, set up and operate temporary telecommunications facilities, including radio systems, subject to approval by the competent German authorities. If permission to operate such facilities is required, it shall be granted by the Federal Ministry of Posts and Telecommunications.
- c) Licences shall be required for telecommunications facilities of the armed forces of the Sending States that are to be hooked up to connections or transmission lines of the telecommunications networks in the Federal Republic of Germany. The procedure for the licensing of radio systems shall be laid down by special arrangement between the Federal Ministry of Posts and Telecommunications and the competent agencies of the Sending State.
- d) When in the Federal Republic of Germany, the armed forces of the Sending State shall only use the frequencies assigned to them by the competent German authorities. The procedure for the assignment and for changes of frequencies shall be laid down by special arrangement between the Federal Ministry of Posts and Telecommunications and the competent agencies of the Sending State. At the end of the stay of the armed forces of the Sending State the frequencies shall be returned to the German authorities.
- e) The armed forces of the Sending State shall take all measures necessary to avoid interference with telecommunications networks in the Federal Republic of Germany by their own telecommunications or other electrical installations. Where radio stations of the armed forces of the Sending State cause harmful radio interference with radio stations located outside the Federal Republic of Germany or suffer harmful interference from such stations, the German authorities shall

(1) Télécommunications

- a) L'utilisation des services de télécommunications offerts au public en République fédérale d'Allemagne sera régie par les prescriptions générales allemandes et d'autre part par les conditions commerciales respectives des prestataires de services; cela s'appliquera notamment pour le mode de calcul des prix, le mode d'établissement et de règlement des factures.
- b) Les forces armées de l'Etat d'origine pourront, dans la mesure requise pour atteindre l'objectif de leur séjour en République fédérale d'Allemagne, établir et exploiter temporairement, avec le consentement des autorités allemandes compétentes, des installations de télécommunications, y compris des installations de radiocommunications. Dans la mesure où des concessions sont nécessaires, elles seront accordées par le Ministère fédéral des Postes et Télécommunications.
- c) Les installations de télécommunications des forces armées de l'Etat d'origine destinées à être raccordées à des branchements ou à des voies de transmission des réseaux de télécommunications de la République fédérale d'Allemagne devront être agréées. La procédure d'agrément des installations de radiocommunications fera l'objet d'un accord particulier entre le Ministère fédéral des Postes et Télécommunications et les services compétents de l'Etat d'origine.
- d) Les forces armées de l'Etat d'origine n'utiliseront en République fédérale d'Allemagne que les fréquences qui leur seront assignées par les autorités allemandes compétentes. La procédure d'assignation ou de changement des fréquences sera fixée par accord particulier entre le Ministère des Postes et Télécommunications de la République fédérale d'Allemagne et les services compétents de l'Etat d'origine. A la fin du séjour des forces armées de l'Etat d'origine, ces fréquences reviendront aux autorités allemandes.
- e) Les forces armées de l'Etat d'origine prendront toutes mesures nécessaires en vue d'éviter les perturbations causées aux réseaux de télécommunications en République fédérale d'Allemagne par leurs installations de télécommunications ou autres installations électriques. Lorsque les services de radiocommunications des forces armées de l'Etat d'origine provoquent des brouillages préjudiciables pour des services de radiocommunications situés en dehors de la

den nach der jeweils gültigen Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion sowie der Vollzugsordnung für den Funkdienst. Die deutschen Behörden treffen im Rahmen der geltenden Vorschriften alle erforderlichen Maßnahmen, um Störungen der Telekommunikationseinrichtungen der Streitkräfte des Entsendestaats durch deutsche Fernmelde- oder andere elektrische Anlagen zu vermeiden. Im Fall elektromagnetischer Störungen wird das Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Geräten angewendet. Ergibt sich hieraus die Notwendigkeit einer Außerbetriebnahme der Störquelle, so muß sie durch die Streitkräfte des Entsendestaats ohne Verzug vorgenommen werden.

proceed in accordance with the provisions of the Constitution and Convention, as amended, of the International Telecommunication Union, and the Radio Regulations. The German authorities shall, to the extent the provisions in force allow, take all measures necessary to avoid interference with telecommunications facilities of the armed forces of the Sending State by German telecommunications or other electrical installations. In the event of electro-magnetic interference, the provisions of the Electro-Magnetic Compatibility of Equipment Act shall be applied. Should it prove necessary to take the source of interference out of service, this shall be done by the armed forces of the Sending State without delay.

République fédérale d'Allemagne ou lorsqu'ils sont eux-mêmes perturbés par des brouillages dus à ces derniers, les autorités allemandes agiront conformément aux dispositions de la Constitution respective en vigueur et de la Convention de l'Union Internationale des Télécommunications en vigueur, ainsi que du Règlement des Radiocommunications. Les autorités allemandes prendront, dans le cadre des dispositions en vigueur, toutes mesures nécessaires en vue d'éviter des perturbations des installations de télécommunications des forces armées de l'Etat d'origine causées par des installations de télécommunications ou autres installations électriques allemandes. Dans le cas de perturbations électromagnétiques, les dispositions de la loi sur la compatibilité électromagnétique des appareils seront applicables. Si la mise hors service de la source des perturbations est nécessaire, les forces armées de l'Etat d'origine devront y procéder sans délai.

(2) Gesundheitswesen

- a) Im Gesundheitswesen werden die internationalen Bestimmungen und die innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland beachtet.
- b) Zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten bei Menschen, Tieren und Pflanzen sowie zur Verhütung der Verbreitung und zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen in der Bundesrepublik Deutschland gelten die deutschen Rechtsvorschriften. Seuchenrechtliche, tierseuchenrechtliche, lebensmittelrechtliche, fleisch-, geflügel-, fleisch- und hygienerechtliche Maßnahmen werden von den zuständigen Stellen der Bundeswehr in Zusammenarbeit mit den Militärbehörden des Entsendestaats getroffen.

(2) Public Health

- a) Regarding public health, the relevant international provisions and the domestic legal provisions of the Federal Republic of Germany shall be observed.
- b) The prevention and control of communicable diseases in humans, animals and plants as well as the prevention of the spread and control of plant pests in the Federal Republic of Germany shall be governed by the relevant German legal provisions. The competent agencies of the Bundeswehr shall take measures under epidemics control, epizootic disease control, food and drug control, meat inspection, poultry inspection and sanitary control laws in cooperation with the military authorities of the Sending State.

(2) Santé publique

- a) Dans le domaine de la santé publique, les prescriptions internationales et la législation de la République fédérale d'Allemagne seront respectées.
- b) La législation allemande sera applicable en vue de la prévention des maladies contagieuses de l'homme, des animaux et des plantes, de la lutte contre ces maladies ainsi que de la prévention de la propagation des insectes nuisibles aux plantes et de la lutte contre ceux-ci en République fédérale d'Allemagne. Les services compétents des Forces armées fédérales prendront les mesures relatives à la lutte contre les épidémies et les épizooties, aux denrées alimentaires, à l'inspection sanitaire des viandes, des volailles et au contrôle sanitaire en coopération avec les autorités militaires de l'Etat d'origine.

(3) Umweltschutz

- a) Der Entsendestaat erkennt und anerkennt die Bedeutung des Umweltschutzes bei Tätigkeiten seiner Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland. Die Streitkräfte des Entsendestaats achten die deutschen Rechtsvorschriften zum Schutz der Umwelt und wenden sie an, sofern nicht andere Festlegungen getroffen werden.
- b) Ferner sind über die Achtung und Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften hinaus Umweltbelastungen zu vermeiden und unvermeidbare Umweltbeeinträchtigun-

(3) Environmental Protection

- a) The Sending State recognizes and acknowledges the importance of environmental protection in the context of activities of their armed forces within the Federal Republic of Germany. The armed forces of the Sending State shall respect and apply German law relating to the protection of the environment unless other stipulations are made.
- b) In addition to the respect for and application of German law, environmental pollution shall be avoided and, where detrimental effects are unavoidable, appropriate restora-

(3) Protection de l'environnement

- a) L'Etat d'origine reconnaît et admet l'importance de la protection de l'environnement dans le contexte de toutes les activités de ses forces armées en République fédérale d'Allemagne. Les forces armées de l'Etat d'origine respecteront et appliqueront la législation allemande relative à la protection de l'environnement dans la mesure où aucune autre stipulation n'aura été conclue.
- b) Au-delà du respect et de l'application de la législation allemande, les nuisances en matière d'environnement devront être évitées et, lorsque des effets nuisibles sont

- gen durch angemessene Maßnahmen auszugleichen.
- c) Für den Transport von Waffen, schwerem Gerät oder Gefahrgut wird dem Schienen- und dem Wasserweg Vorrang eingeräumt. Festlegungen über die Transportwege werden zwischen den Streitkräften nach Abstimmung mit den deutschen Behörden vereinbart.
- d) Die Streitkräfte des Entsendestaats werden für den Betrieb ihrer Luft-, Wasser- und Landfahrzeuge in der Bundesrepublik Deutschland, soweit dies mit den technischen Erfordernissen dieser Fahrzeuge vereinbar ist, nur schadstoffarme Treibstoffe, Schmierstoffe und Zusatzstoffe entsprechend den deutschen Umweltvorschriften verwenden. Bei Personenkraftfahrzeugen und Nutzfahrzeugen werden die deutschen Vorschriften über die Begrenzung von Lärm- und Abgasemissionen eingehalten, soweit diese nicht eine unverhältnismäßig große Belastung darstellen.
- e) Bei der Benutzung von Übungseinrichtungen werden die jeweiligen Benutzungsordnungen, insbesondere die Sicherheitsbestimmungen und die Bestimmungen zum Schutz der Umwelt, beachtet. Gleiches gilt bezüglich der Dienstvorschriften der Bundeswehr für Manöver und Übungen. Besondere Regelungen für Nachtschießen und Schießen an Sonn- und Feiertagen werden vom Bundesministerium der Verteidigung getroffen.
- f) Festlegungen der deutschen Behörden zur Vermeidung sowie zur umweltverträglichen Verwertung oder sonstigen Entsorgung von Abfällen werden beachtet. Eine Beseitigung von Restbeständen an Kampfmitteln durch Sprengung oder Verbrennung in hierfür nicht genehmigten Anlagen ist ausgeschlossen.
- g) Die zuständigen Behörden und die Streitkräfte der Vertragsparteien dieser Vereinbarung arbeiten insbesondere bei der Vorbereitung von Übungen in allen Belangen des Umweltschutzes eng zusammen.
- (4) Verkehr mit eigenen Fahrzeugen der Streitkräfte des Entsendestaats
- a) Transporte und andere Bewegungen im Rahmen der deutschen Rechtsvorschriften und anderer geltender internationaler Übereinkünfte sowie damit im Zusammenhang stehender technischer Vereinbarungen und Verfahren gelten als genehmigend.
- tive or balancing measures taken to offset such effects.
- c) For the transport of weapons, heavy equipment or hazardous material, priority shall be given to rail and water transport. Stipulations concerning transport routes shall be agreed between the armed forces in consultation with the competent German authorities.
- d) In the operation of their aircraft, watercraft and landcraft within the Federal Republic of Germany, the armed forces of the Sending State shall in accordance with German environmental regulations use only low-pollutant fuels, lubricants and additives to the extent that their use is compatible with the technical requirements of such craft. With respect to passenger cars and commercial vehicles, the German rules and regulations for the limitation of noise and exhaust gas emissions shall be observed unless they are excessively burdensome.
- e) With regard to training installations, the applicable rules for their use, especially the safety provisions and the provisions for the protection of the environment, shall be observed. The same applies with regard to the Bundeswehr service regulations governing manoeuvres and exercises. The Federal Ministry of Defence shall lay down special rules for night firing and firing sessions on Sundays and public holidays.
- f) Stipulations by the German authorities concerning waste avoidance and environmentally sound recycling or other forms of waste disposal shall be observed. Disposal of non-expended munitions by detonation or incineration at installations not approved for this purpose shall be excluded.
- g) The competent authorities and the armed forces of the Parties to this Agreement shall closely cooperate on all matters of environmental protection, especially when preparing for exercises.
- (4) Operation of Vehicles of the Armed Forces of the Sending State
- a) Transport and other movements within the limits imposed by German legal provisions and other international agreements in force as well as by associated technical arrangements and procedures shall be deemed to have been approved.
- inévitables, ils devront être corrigés en prenant des mesures de réparation appropriées.
- c) Pour le transport d'armes, de matériel lourd ou de matières dangereuses, la préférence sera donnée au transport par voie ferrée et par eau. Des stipulations relatives aux voies de transport seront conclues entre les forces armées, en accord avec les autorités allemandes.
- d) Pour le fonctionnement de leurs aéronefs, navires et véhicules automobiles en République fédérale d'Allemagne, les forces armées de l'Etat d'origine n'utiliseront que des carburants, lubrifiants et produits additifs peu polluants conformément à la réglementation allemande sur la protection de l'environnement, dans la mesure où un tel emploi est compatible avec les impératifs techniques de ces aéronefs, navires et véhicules automobiles. En ce qui concerne les véhicules de tourisme et utilitaires, les prescriptions allemandes en matière de pollution sonore et d'émission de gaz seront respectées, dans la mesure où elles ne constituent pas une contrainte excessive.
- e) En ce qui concerne l'utilisation d'installations d'entraînement, les règlements respectifs relatifs à leur utilisation seront respectés, notamment les dispositions relatives à la sécurité et celles portant sur la protection de l'environnement. Cela vaut également pour les règlements de service des Forces armées fédérales concernant les manoeuvres et les exercices. Le Ministère fédéral de la Défense adoptera des règlements particuliers pour les tirs nocturnes et les tirs effectués le dimanche et les jours fériés.
- f) Les stipulations des autorités allemandes relatives à la limitation des déchets, à leur récupération écologique ou toute autre forme d'évacuation seront respectées. L'élimination de munitions non utilisées par explosion ou incinération dans des installations non autorisées à cette fin est exclue.
- g) Les autorités compétentes et les forces armées des Parties au présent Accord coopéreront étroitement dans tous les domaines de la protection de l'environnement, notamment pour la préparation des exercices.
- (4) Circulation des véhicules propres des forces armées de l'Etat d'origine
- a) Les transports et autres mouvements autorisés dans le cadre de la législation allemande et autres accords internationaux en vigueur, ainsi que des arrangements et procédures techniques y afférents seront considérés comme consen-

- मित. Soweit Sonder- und Ausnahmeerlaubnisse sowie Befreiungen von den Rechtsvorschriften für den Transport gefährlicher Güter für militärische Bewegungen und Transporte erforderlich sind, werden diese durch die Dienststellen der Bundeswehr erteilt oder eingeholt.
- b) Die zuständigen Dienststellen der Bundeswehr koordinieren die Wahrnehmung militärischer Interessen der Streitkräfte des Entsendestaats in Verkehrsangelegenheiten gegenüber den zivilen Behörden. Sie koordinieren ferner die Durchführung militärischer Verkehrsbewegungen mehrerer Entsendestaaten untereinander und mit dem zivilen Verkehr. Art und Umfang dieser Koordination werden durch die zuständigen deutschen Stellen festgelegt.
- c) Die Betriebsrechte der deutschen Eisenbahnen bleiben unberührt. Über die Einstellung eigener Güter- und Reisezugwagen und über die Nutzung der Infrastruktur bei Verwendung eigener Triebfahrzeuge des Entsendestaats werden Vereinbarungen zwischen den zuständigen Behörden des Entsendestaats und den betroffenen deutschen Eisenbahnen geschlossen. Sofern hinsichtlich der Anforderungen an Beschaffenheit und Nutzung der Eisenbahnfahrzeuge des Entsendestaats von den gesetzlichen Vorschriften abgewichen werden soll, beantragen die Eisenbahnen des betreffenden Staats die erforderlichen Genehmigungen bei der deutschen Eisenbahnverwaltung.
- d) Für die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats gelten die deutschen Verkehrsvorschriften einschließlich der Vorschriften über das Verhalten am Unfallort und der Vorschriften über den Transport gefährlicher Güter. Die zuständigen deutschen Behörden überwachen die Einhaltung dieser Vorschriften. Um die Überwachung der Einhaltung dieser Bestimmungen zu erleichtern, kann diese gemeinsam mit den zuständigen Dienststellen des Entsendestaats durchgeführt werden.
- e) Die Streitkräfte des Entsendestaats beachten grundlegende deutsche Verkehrssicherheitsvorschriften. Innerhalb dieses Rahmens können sie ihre eigenen Normen auf den Bau, die Ausführung und die Ausrüstung der Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger, Binnenschiffe und Luftfahrzeuge anwenden. Die Behörden der Vertragsparteien dieser Vereinbarung arbeiten bei der Umsetzung dieser Bestimmungen eng zusammen.
- Where special or exceptional permits as well as exemptions from legal provisions concerning the transport of hazardous material are required for military movements and transport, they shall be granted or obtained by agencies of the Bundeswehr.
- b) The competent agencies of the Bundeswehr shall coordinate the representation of military interests of the armed forces of the Sending State in traffic matters vis-à-vis the civilian authorities. They shall also coordinate the execution of military traffic movements of several Sending States with each other and with civilian traffic. The manner and extent of such coordination shall be specified by the competent German agencies.
- c) The operating rights of the German railway authorities shall remain unaffected. The competent authorities of the Sending State and the German railway authorities concerned shall conclude agreements on the use of goods wagons and passenger cars of the Sending State and on the use of infrastructure whenever locomotives of the Sending State are used. Where it is intended to deviate from the statutory requirements regarding the nature and use of the railway vehicles of the Sending State, the railway authorities of the State concerned shall apply to the German railway authorities for the necessary permits.
- d) Members of the armed forces of the Sending State shall be subject to German traffic regulations, including regulations on conduct at the scene of an accident as well as regulations on the transport of hazardous material. Compliance with these regulations shall be monitored by the competent German authorities. In order to facilitate such monitoring, it may be carried out jointly with the competent agencies of the Sending State.
- e) The armed forces of the Sending State shall observe basic German traffic safety regulations. Within this framework, they may apply their own standards to the design, construction and equipment of motor vehicles, trailers, inland watercraft or aircraft. The authorities of the Parties to this Agreement shall cooperate closely in implementing these regulations.
- tis. Dans la mesure où des autorisations spéciales et exceptionnelles ainsi que des dérogations à la législation sur le transport de matières dangereuses seront nécessaires pour les mouvements et transports militaires, celles-ci seront délivrées par les services des Forces armées fédérales ou obtenues par leur entremise.
- b) Les services compétents des Forces armées fédérales coordonneront, vis-à-vis des autorités civiles, la représentation des intérêts militaires des forces armées de l'Etat d'origine dans les questions de circulation. Ils coordonneront également l'exécution des mouvements de transport militaires de plusieurs Etats d'origine entre eux et avec la circulation civile. La nature et l'ampleur de cette coordination seront fixées par les services allemands compétents.
- c) Il ne sera pas porté atteinte aux droits d'exploitation des chemins de fer allemands. L'enregistrement de wagons et de voitures propres à l'Etat d'origine et l'exploitation de l'infrastructure par l'utilisation de leur matériel moteur feront l'objet d'arrangements entre les autorités compétentes de l'Etat d'origine et les chemins de fer allemands concernés. Dans la mesure où il doit être dérogé à la législation en ce qui concerne les exigences relatives aux caractéristiques et à l'utilisation des véhicules ferroviaires de l'Etat d'origine, les chemins de fer de l'Etat concerné demanderont les autorisations nécessaires auprès de l'administration des chemins de fer allemands.
- d) Les prescriptions allemandes relatives à la circulation, y compris les prescriptions relatives au comportement sur les lieux de l'accident et les prescriptions concernant le transport de matières dangereuses s'appliqueront aux membres des forces armées de l'Etat d'origine. Les autorités allemandes compétentes contrôleront le respect de ces prescriptions. Afin de faciliter le contrôle du respect desdites prescriptions, celui-ci pourra être effectué en commun avec les services compétents de l'Etat d'origine.
- e) Les forces armées de l'Etat d'origine observeront les dispositions allemandes fondamentales en matière de sécurité des transports. Dans le cadre de celles-ci, elles pourront appliquer leurs propres normes relatives aux caractéristiques, à la construction, et à l'équipement des véhicules, remorques, bâtiments fluviaux ou aéronefs. Les autorités des Parties au présent Accord coopéreront étroitement à l'application de ces dispositions.

- | | | |
|--|--|--|
| <p>f) Der Verkehr mit Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern, deren Abmessungen, Achslast, Gesamtgewicht oder Anzahl die nach den deutschen Verkehrsvorschriften geltenden Begrenzungen überschreiten, auf Straßen außerhalb des vereinbarten Straßennetzes erfolgt außer bei Unglücksfällen nur mit Erlaubnis der zuständigen deutschen Behörden. Ein Befahren öffentlicher Straßen und Wege mit Kettenfahrzeugen ohne Kettenpolster ist unzulässig. Außerhalb von Truppenübungsplätzen erfolgt der Verkehr mit Kettenfahrzeugen grundsätzlich auf der Schiene.</p> | <p>f) Except in the case of accidents, motor vehicles and trailers which exceed the limits for dimensions, axle loads, total weight or number laid down in German traffic regulations may only be used on roads outside the agreed network with the permission of the competent German authorities. Tracked vehicles may not be used on public highways and byways without track shoe pads. Outside training areas, tracked vehicles shall generally be transported by rail.</p> | <p>f) La circulation de véhicules et de remorques dont les dimensions, la charge par essieu, le poids total ou le nombre excèdent les limites fixées par les prescriptions allemandes relatives à la circulation, sur des routes autres que celles du réseau convenu, ne s'effectuera, sauf en cas d'accidents, qu'avec l'autorisation des autorités allemandes compétentes. La circulation de véhicules à chenilles sans semelles sur des routes et voies publiques ne sera pas autorisée. En dehors des camps de manoeuvre des troupes, la circulation de véhicules à chenilles s'effectuera d'une manière générale par voie ferrée.</p> |
| <p>g) Außer in Notfällen dürfen Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats mit militärischen Luftfahrzeugen zivile Flugplätze in der Bundesrepublik Deutschland nur mit Erlaubnis der zuständigen deutschen Behörden benutzen.</p> | <p>g) Except in emergencies, members of the armed forces of the Sending State may operate military aircraft at civilian landing sites in the Federal Republic of Germany only with the permission of the competent German authorities.</p> | <p>g) Sauf en cas d'urgence, les membres des forces armées de l'Etat d'origine employant des avions militaires ne pourront utiliser les terrains d'atterrissage civils de la République fédérale d'Allemagne qu'avec l'autorisation des autorités allemandes compétentes.</p> |
| <p>h) Die Vertragsparteien dieser Vereinbarung koordinieren alle von ihnen errichteten und betriebenen Kontrollsysteme für den Luftverkehr und die dazu gehörenden Fernmeldesysteme, soweit dies erforderlich ist, um die Sicherheit des Luftverkehrs und die Erreichung des Aufenthaltszwecks der Streitkräfte des Entsendestaats zu gewährleisten.</p> | <p>h) The Parties to this Agreement shall coordinate all air traffic control systems set up and operated by them as well as related telecommunications systems wherever this is necessary to ensure the safety of air traffic and the achievement of the purpose of the presence of the armed forces of the Sending State.</p> | <p>h) Les Parties au présent Accord coordonneront tous les systèmes de contrôle qu'elles installeront et utiliseront pour la circulation aérienne, ainsi que les systèmes de télécommunications qui s'y rapportent, dans la mesure où cela s'avère nécessaire pour garantir la sécurité de la circulation aérienne et atteindre l'objectif du séjour des forces armées de l'Etat d'origine.</p> |
| <p>(5) Abwicklung von Schäden</p> | <p>(5) Settlement of Claims</p> | <p>(5) Règlement de dommages</p> |
| <p>a) Für den Betrieb von Dienstkraftfahrzeugen oder militärischen Luft-, Land- und Wasserfahrzeugen der Streitkräfte des Entsendestaats sowie für das Führen von Waffen in der Bundesrepublik Deutschland ist der Abschluß einer Haftpflichtversicherung nicht erforderlich.</p> | <p>a) No third party liability insurance cover shall be required for the use of service vehicles or military aircraft, landcraft or watercraft of the armed forces of the Sending State or for the carrying of arms in the Federal Republic of Germany.</p> | <p>a) Il ne sera pas indispensable de contracter une assurance-responsabilité pour l'utilisation de véhicules de service ou d'avions, véhicules routiers et navires militaires des forces armées de l'Etat d'origine, ainsi que pour le port d'armes en République fédérale d'Allemagne.</p> |
| <p>b) Zur Schadensabwicklung in Übereinstimmung mit geltenden Übereinkünften werden auf jeder Seite zentrale Dienststellen benannt.</p> | <p>b) Central agencies shall be designated by each side for the settlement of claims in accordance with existing agreements.</p> | <p>b) Des services centraux seront désignés par chaque partie pour le règlement des dommages conformément aux conventions en vigueur.</p> |
| <p>(6) Übungen zu Lande</p> | <p>(6) Land Exercises</p> | <p>(6) Exercices sur terre</p> |
| <p>a) Für Übungen gelten die deutschen Vorschriften.</p> | <p>a) Exercises shall be governed by German regulations.</p> | <p>a) Les exercices seront régies par les prescriptions allemandes.</p> |
| <p>b) Übungen finden grundsätzlich auf Liegenschaften der Bundeswehr oder auf Liegenschaften statt, die den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten verbündeten Streitkräften zur ausschließlichen Benutzung überlassen sind.</p> | <p>b) Exercises shall normally take place on Bundeswehr property or on property provided to the allied forces stationed in the Federal Republic of Germany for their exclusive use.</p> | <p>b) Les exercices se dérouleront par principe sur des biens immobiliers des Forces armées fédérales ou sur des biens immobiliers mis à la disposition des forces armées alliées stationnées en République fédérale d'Allemagne pour leur usage exclusif.</p> |
| <p>c) Ist der Übungszweck auf diesen Liegenschaften nicht erreichbar, so können Manöver und andere Übungen vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen deutschen Behörden im freien Gelände durchgeführt werden. Das Verfahren zur Anmel-</p> | <p>c) If the purpose of the exercise cannot be achieved on such property, manoeuvres and other training exercises may be conducted in open country, subject to approval by the competent German authorities. The procedure for notification,</p> | <p>c) Si le but de l'exercice ne peut pas être atteint sur ces biens immobiliers, les manoeuvres et autres exercices pourront être effectués en terrain ouvert sous réserve du consentement des autorités allemandes compétentes. La procédure de noti-</p> |

dung, zur Koordinierung und zur Erteilung der Zustimmung wird zwischen den zuständigen Behörden vereinbart.

(7) Übungen im Luftraum

a) Für Übungen im Luftraum gelten die deutschen Vorschriften über den Einflug in den deutschen Luftraum und seine Benutzung sowie die Inanspruchnahme von Anlagen und Einrichtungen der Luftfahrt, die in den Rahmen der Richtlinien und Empfehlungen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation fallen, ferner die geltenden Anmelde-, Zustimmungs- und Koordinierungsverfahren, wie sie in den entsprechenden Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Veröffentlichungen enthalten sind.

b) Die deutschen Vorschriften über den Einflug in den deutschen Luftraum, seine Benutzung und die Inanspruchnahme von Anlagen und Einrichtungen der Luftfahrt sowie die geltenden Anmelde-, Zustimmungs- und Koordinierungsverfahren, wie sie in den entsprechenden Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Veröffentlichungen enthalten sind, umfassen das Luftverkehrsgesetz und die hierzu erlassenen Verordnungen und Verwaltungsregelungen ziviler und militärischer Art.

c) Die an einer Übung teilnehmenden Luftfahrzeugbesatzungen müssen die englische Sprache beherrschen, soweit dies aus Gründen der Flugsicherheit oder Flugsicherung erforderlich ist.

(8) Übungen in deutschen Hoheitsgewässern

a) Für Übungen von Kriegs- und Hilfsschiffen des Entsendestaats im Küstenmeer und in den inneren Gewässern der Bundesrepublik Deutschland gelten die deutschen Vorschriften.

b) Die Nutzung bordeigener Luftfahrzeuge erfolgt auf der Grundlage des Absatzes 7.

3. Diese Vereinbarung wird in englischer und französischer Sprache als den Amtssprachen der NATO sowie in deutscher Sprache als der Sprache des Aufnahmestaats geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Sie steht der Regierung jeder Vertragspartei des Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen mit ausdrücklicher Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Abstimmung mit den Vertragsparteien dieser Vereinbarung zum Beitritt offen. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland.

coordination and granting approval shall be agreed between the competent authorities.

(7) Air Exercises

a) Air exercises shall be governed by the German regulations on the entry into and use of German airspace as well as the utilization of aviation installations and facilities, which fall within the scope of the Standards and Recommended Practices of the International Civil Aviation Organization and, in addition, by the current procedures for notification, approval and coordination contained in the relevant laws, other regulations and publications.

b) The German regulations on the entry into and use of German airspace and the utilization of aviation installations and facilities as well as the current procedures for notification, approval and coordination contained in the relevant laws, regulations and publications include the Air Traffic Act and the civilian and military regulations and administrative rules issued thereunder.

c) Aircraft crews taking part in a training exercise must have a good command of the English language, where necessary for reasons of flight safety or air traffic control.

(8) Exercises in German Territorial Waters

a) Exercises involving war and auxiliary ships of the Sending State in the territorial sea and the internal waters of the Federal Republic of Germany shall be governed by German regulations.

b) The use of on-board aircraft shall be subject to the provisions of Section 7 above.

3. This Agreement shall be concluded in the English and French languages, being the official languages of NATO, as well as in the German language as the language of the host state, all three texts being equally authentic. It shall be open for accession by the Government of any Contracting Party to the Agreement of 19 June 1951 between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces with the express consent of the Government of the Federal Republic of Germany after consultation with the Parties to this Agreement. Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Government of the Federal Republic of Germany.

fication, de coordination et de délivrance de l'autorisation sera convenue entre les autorités compétentes.

(7) Exercices dans l'espace aérien

a) Les exercices dans l'espace aérien seront régis par les dispositions allemandes relatives à l'entrée dans l'espace aérien allemand et à l'utilisation de celui-ci et des installations et dispositifs aéronautiques, dispositions qui relèvent des Normes et Pratiques recommandées émanant de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale ainsi que les procédures de notification, d'autorisation et de coordination en vigueur contenues dans les lois, règlements et publications correspondantes.

b) La réglementation allemande régissant l'entrée dans l'espace aérien et l'utilisation de celui-ci et des installations et dispositifs aéronautiques, ainsi que les procédures de notification, d'autorisation et de coordination en vigueur contenues dans les lois, règlements et publications correspondantes incluent la loi relative à la circulation aérienne et les règlements, procédures et dispositions administratives civiles et militaires s'y référant.

c) Les équipages participant à un exercice devront maîtriser la langue anglaise, dans la mesure où cela est nécessaire pour des raisons de sécurité aérienne et de contrôle de la circulation aérienne.

(8) Exercices dans les eaux territoriales allemandes

a) Les manoeuvres effectuées sur des navires de guerre et des bâtiments auxiliaires dans les mers territoriales et les eaux intérieures de la République fédérale d'Allemagne seront régies par les prescriptions allemandes.

b) L'utilisation d'aéronefs embarqués s'effectuera sur la base de l'alinéa 7 ci-dessus.

3. Le présent Accord est conclu en langues anglaise et française en tant que langues officielles de l'OTAN ainsi qu'en langue allemande, qui est la langue de l'Etat de séjour, les trois textes faisant également foi. Il restera ouvert à l'adhésion du Gouvernement de tout Etat Partie à la Convention du 19 juin 1951 entre les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces, avec le consentement exprès du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et en accord avec les Parties au présent Accord. L'adhésion sera effectuée par le dépôt d'un instrument d'adhésion auprès du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

Falls sich die Regierungen des Königreichs Dänemark, der Griechischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs Norwegen, der Portugiesischen Republik, des Königreichs Spanien und der Republik Türkei mit dem Inhalt dieser Note einverstanden erklären, werden diese Note und die ihr Einverständnis zum Ausdruck bringenden Antwortnoten Ihrer Exzellenzen eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden. Sobald zwei Regierungen, darunter die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, tritt die Vereinbarung zwischen diesen Regierungen in Kraft, wobei jeweils der Tag des Eingangs der letzten schriftlichen Mitteilung als Tag des Inkrafttretens gilt. Für jeden beitretenden Staat tritt die Vereinbarung am dreißigsten Tag nach dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung des beitretenden Staats ihre Zustimmung mitteilt.

If the Governments of the Kingdom of Denmark, the Hellenic Republic, the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg, the Kingdom of Norway, the Portuguese Republic, the Kingdom of Spain and the Republic of Turkey agree to the contents of this Note, this Note and Your Excellencies' Notes in reply thereto expressing their agreement shall constitute an Agreement between our Governments. As soon as two Governments, one of them the Government of the Federal Republic of Germany, have notified each other in writing that the national requirements for entry into force have been fulfilled, the Agreement shall enter into force as between these Governments, whereby the day of receipt of the last written notification shall be deemed to be the effective date. For each acceding State this Agreement shall enter into force on the thirtieth day after the Government of the Federal Republic of Germany has notified the Government of the acceding State of its consent.

Si les Gouvernements du Royaume du Danemark, du Royaume d'Espagne, de la République hellénique, de la République italienne, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume de Norvège, de la République portugaise et de la République turque déclarent accepter le contenu de la présente note, cette dernière et les notes de réponse de Vos Excellences exprimant leur accord constitueront un Accord entre nos Gouvernements. Dès que deux Gouvernements, dont le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, se seront mutuellement informés par écrit que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies, le présent Accord entrera en vigueur entre ces Gouvernements, la date d'entrée en vigueur étant celle de la réception de la dernière de ces communications. Pour chaque Etat adhérent, l'Accord entrera en vigueur le trentième jour qui suit la date à laquelle le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne aura donné son consentement au Gouvernement de l'Etat adhérent.

Genehmigen Sie, Exzellenzen, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Accept, Excellencies, the assurance of my highest consideration.

Veillez agréer, Excellences, l'assurance de ma très haute considération.

Dr. v. Ploetz

Dr. v. Ploetz

Dr. v. Ploetz

S.E.
dem Botschafter
des Königreichs Dänemark
Herrn Bent Haakonsen

S.E.
dem Botschafter
der Griechischen Republik
Herrn Dr. Constantin Ailianos

S.E.
dem Botschafter
der Italienischen Republik
Herrn Enzo Perlot

S.E.
dem Botschafter
des Großherzogtums Luxemburg
Herrn Dr. Julien Alex

H.E.
the Ambassador
of the Kingdom of Denmark
Mr. Bent Haakonsen

H.E.
the Ambassador
of the Hellenic Republic
Dr. Constantin Ailianos

H.E.
the Ambassador
of the Italian Republic
Mr. Enzo Perlot

H.E.
the Ambassador
of the Grand Duchy of Luxembourg
Dr. Julien Alex

S.E.
Monsieur Bent Haakonsen
Ambassadeur du Royaume du Danemark

S.E.
Monsieur Constantin Ailianos
Ambassadeur de la République hellénique

S.E.
Monsieur Enzo Perlot
Ambassadeur de la République italienne

S.E.
Monsieur Julien Alex
Ambassadeur du Grand-Duché de Luxembourg

S.E.
dem Botschafter
des Königreichs Norwegen
Herrn Morten Wetland

S.E.
dem Botschafter
der Portugiesischen Republik
Herrn Dr. Luís Pazos Alonso

S.E.
dem Botschafter
des Königreichs Spanien
Herrn José Pedro Sebastián de Erice y Gómez-Acebo

S.E.
dem Botschafter
der Republik Türkei
Herrn Volkan Vural

H.E.
the Ambassador
of the Kingdom of Norway
Mr. Morten Wetland

H.E.
the Ambassador
of the Portuguese Republic
Dr. Luís Pazos Alonso

H.E.
the Ambassador
of the Kingdom of Spain
Mr. José Pedro Sebastián de Erice y Gómez-Acebo

H.E.
the Ambassador
of the Republic of Turkey
Mr. Volkan Vural

S.E.
Monsieur Morten Wetland
Ambassadeur du Royaume de Norvège

S.E.
Monsieur Luís Pazos Alonso
Ambassadeur de la République portugaise

S.E.
Monsieur José Pedro Sebastián de Erice y Gómez-Acebo
Ambassadeur du Royaume d'Espagne

S.E.
Monsieur Volkan Vural
Ambassadeur de la République turque

Bonn

Bonn

Bonn

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 29. April 1998

The State Secretary
of the Federal Foreign Office

Bonn, 29 April 1998

Le Secrétaire
d'Etat des Affaires étrangères

Bonn, le 29 avril 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird von der Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit über die Mitglieder der Streitkräfte des Königreichs Dänemark bei Straftaten absehen, es sei denn, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung erfordern.

(2) Die zuständigen deutschen Behörden und Gerichte werden den zuständigen Behörden und Gerichten des Königreichs Dänemark entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Dr. v. Ploetz

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The Federal Republic of Germany will waive the exercise of German criminal jurisdiction over the members of the armed forces of the Kingdom of Denmark unless essential interests of German administration of justice make such exercise of jurisdiction imperative.

(2) The competent German authorities and courts will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent authorities and courts of the Kingdom of Denmark in support of criminal proceedings.

Dr. v. Ploetz

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) La République fédérale d'Allemagne renoncera à exercer la juridiction pénale allemande à l'égard des membres des forces armées du Royaume du Danemark, à moins que des intérêts essentiels de l'administration de la justice allemande ne l'exigent.

(2) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux allemands compétents prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux compétents du Royaume du Danemark conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Dr. v. Ploetz

Der Botschafter
des Königreichs Dänemark

Bonn, den 29. April 1998

The Ambassador
of the Kingdom of Denmark

Bonn, 29 April 1998

L'Ambassadeur
du Royaume du Danemark

Bonn, le 29 avril 1998

Exzellenz,

ich beehre mich, den Eingang Ihrer Note vom 29. April 1998 zu bestätigen und Ihnen mitzuteilen, daß sich die Regierung des Königreichs Dänemark mit dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Demgemäß bilden Ihre Note vom 29. April 1998 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung des Königreichs Dänemark und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinbarung tritt zwischen beiden Regierungen in Kraft, sobald sie einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten schriftlichen Mitteilung als Tag des Inkrafttretens gilt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Bent Haakonsen

S.E.
dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Herrn Dr. Hans-Friedrich von Ploetz

Bonn

Der Botschafter
des Königreichs Dänemark

Bonn, den 29. April 1998

Excellency,

I have the honour to confirm receipt of your Note of 29 April 1998 and to inform you that the Government of the Kingdom of Denmark agrees to the proposal made by the Government of the Federal Republic of Germany. Accordingly, your Note of 29 April 1998 and this Note in reply thereto shall constitute an Agreement between the Government of the Kingdom of Denmark and the Government of the Federal Republic of Germany. The Agreement shall enter into force between the two Governments as soon as they have notified each other in writing that the national requirements for entry into force have been fulfilled, whereby the day of receipt of the last written notification shall be deemed to be the effective date.

Accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

Bent Haakonsen

H.E.
Dr. Hans-Friedrich von Ploetz
State Secretary
Federal Foreign Office

Bonn

The Ambassador
of the Kingdom of Denmark

Bonn, 29 April 1998

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note en date du 29 avril 1998 et de vous faire savoir que le Gouvernement du Royaume du Danemark déclare accepter la proposition du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. En conséquence, votre note en date du 29 avril 1998 et la présente note de réponse constituent un Accord entre le Gouvernement du Royaume du Danemark et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Cet Accord entrera en vigueur entre les deux Gouvernements dès qu'ils se seront mutuellement informés par écrit que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies, la date d'entrée en vigueur étant celle de la réception de la dernière de ces communications.

Veillez agréer, Excellence, l'assurance de ma très haute considération.

Bent Haakonsen

Son Excellence
Monsieur Hans-Friedrich von Ploetz
Secrétaire d'Etat des Affaires étrangères

Bonn

L'Ambassadeur
du Royaume du Danemark

Bonn, le 29 avril 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Mit Ausnahme der Ahndung von Straftaten, die nach dem Recht des Königreichs Dänemark militärischen Vorgesetzten und Militärjuristen übertragen ist, üben die Militärbehörden des Königreichs Dänemark das Recht auf Ausübung der Strafge-

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The military authorities of the Kingdom of Denmark will not use their right to exercise criminal jurisdiction on the territory of the Federal Republic of Germany except in the case of offences which military superiors and judge advocates are

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) Les autorités militaires du Royaume du Danemark ne feront pas usage sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne de leur droit d'exercer la juridiction pénale, sauf en cas d'infractions devant être sanctionnées par des supérieurs ou

richtbarkeit auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht aus. Das Recht, Maßnahmen zur Strafermittlung durchzuführen, bleibt unberührt. Freiheitsstrafen werden auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht vollstreckt.

(2) Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit abgesehen, so wird das Königreich Dänemark Mitglieder seiner Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, auf Ersuchen der deutschen Behörden unverzüglich aus der Bundesrepublik Deutschland entfernen und auf Ersuchen der Bundesrepublik Deutschland den Fall seinen zuständigen Behörden zur Prüfung von Maßnahmen der Strafverfolgung im Rahmen seiner innerstaatlichen Rechtsordnung unterbreiten. Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit nicht abgesehen, so wirkt das Königreich Dänemark im Rahmen seiner Rechtsordnung darauf hin, daß sich Mitglieder seiner Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten stellen.

(3) Die zuständigen Behörden und Gerichte des Königreichs Dänemark werden den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Bent Haakonsen

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird von der Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit über die Mitglieder der Streitkräfte der Griechischen Republik bei Straftaten absehen, es sei denn, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung erfordern.

(2) Die zuständigen deutschen Behörden und Gerichte werden den zuständigen Behörden und Gerichten der Griechischen Republik entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Dr. v. Ploetz

Der Botschafter
der Griechischen Republik

Bonn, den 29. April 1998

Exzellenz,

ich beehre mich, den Eingang Ihrer Note vom 29. April 1998 zu bestätigen und Ihnen

authorized to punish under the law of the Kingdom of Denmark. The right to carry out measures of investigation remains unaffected. Prison sentences will not be executed on the territory of the Federal Republic of Germany.

(2) If the exercise of German jurisdiction is waived, the Kingdom of Denmark will, at the request of the German authorities, immediately remove from the Federal Republic of Germany members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory and, at the request of the Federal Republic of Germany, submit the case to its competent authorities for considerations concerning criminal prosecution within the bounds of its national legal system. If the exercise of German jurisdiction is not waived, the Kingdom of Denmark will, within the bounds of its legal system, use its influence to induce members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory to submit to the criminal proceedings instituted by the competent German authorities and courts.

(3) The competent authorities and courts of the Kingdom of Denmark will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent German authorities and courts in support of criminal proceedings.

Bent Haakonsen

The State Secretary
of the Federal Foreign Office

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The Federal Republic of Germany will waive the exercise of German criminal jurisdiction over the members of the armed forces of the Hellenic Republic unless essential interests of German administration of justice make such exercise of jurisdiction imperative.

(2) The competent German authorities and courts will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent authorities and courts of the Hellenic Republic in support of criminal proceedings.

Dr. v. Ploetz

The Ambassador
of the Hellenic Republic

Bonn, 29 April 1998

Excellency,

I have the honour to confirm receipt of your Note of 29 April 1998 and to inform

juristes militaires conformément à la législation du Royaume du Danemark. Il n'est pas porté atteinte au droit d'engager des mesures d'instruction pénale. Les peines privatives de liberté ne seront pas exécutées sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

(2) En cas de renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, le Royaume du Danemark, sur demande des autorités allemandes, rapatriera sans délai les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand et, sur demande de la République fédérale d'Allemagne, soumettra le cas à ses autorités compétentes qui examineront des mesures de poursuite pénale dans le cadre de son ordre juridique interne. Dans le cas de non-renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, le Royaume du Danemark fera en sorte, dans le cadre de son ordre juridique, que les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand se présentent aux autorités et tribunaux allemands compétents.

(3) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux compétents du Royaume du Danemark prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux allemands compétents conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Bent Haakonsen

Le Secrétaire
d'Etat des Affaires étrangères

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) La République fédérale d'Allemagne renoncera à exercer la juridiction pénale allemande à l'égard des membres des forces armées de la République hellénique, à moins que des intérêts essentiels de l'administration de la justice allemande ne l'exigent.

(2) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux allemands compétents prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux compétents de la République hellénique conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Dr. v. Ploetz

L'Ambassadeur
de la République hellénique

Bonn, le 29 avril 1998

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note en date du 29 avril 1998 et de

mitzuteilen, daß sich die Regierung der Griechischen Republik mit dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Demgemäß bilden Ihre Note vom 29. April 1998 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Griechischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinbarung tritt zwischen beiden Regierungen in Kraft, sobald sie einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten schriftlichen Mitteilung als Tag des Inkrafttretens gilt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Costis Ailianos

S.E.
dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Herrn Dr. Hans-Friedrich von Ploetz

Bonn

Der Botschafter
der Griechischen Republik

Bonn, den 29. April 1998

you that the Government of the Hellenic Republic agrees to the proposal made by the Government of the Federal Republic of Germany. Accordingly, your Note of 29 April 1998 and this Note in reply thereto shall constitute an Agreement between the Government of the Hellenic Republic and the Government of the Federal Republic of Germany. The Agreement shall enter into force between the two Governments as soon as they have notified each other in writing that the national requirements for entry into force have been fulfilled, whereby the day of receipt of the last written notification shall be deemed to be the effective date.

Accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

Dr. Costis Ailianos

H.E.
Dr. Hans-Friedrich von Ploetz
State Secretary
Federal Foreign Office

Bonn

The Ambassador
of the Hellenic Republic

Bonn, 29 April 1998

vous faire savoir que le Gouvernement de la République hellénique déclare accepter la proposition du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. En conséquence, votre note en date du 29 avril 1998 et la présente note de réponse constituent un Accord entre le Gouvernement de la République hellénique et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Cet Accord entrera en vigueur entre les deux Gouvernements dès qu'ils se seront mutuellement informés par écrit que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies, la date d'entrée en vigueur étant celle de la réception de la dernière de ces communications.

Veillez agréer, Excellence, l'assurance de ma très haute considération.

Dr. Costis Ailianos

Son Excellence
Monsieur Hans-Friedrich von Ploetz
Secrétaire d'Etat des Affaires étrangères

Bonn

L'Ambassadeur
de la République hellénique

Bonn, le 29 avril 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Mit Ausnahme der Ahndung von Straftaten, die nach dem Recht der Griechischen Republik militärischen Vorgesetzten und Militärjuristen übertragen ist, üben die Militärbehörden der Griechischen Republik das Recht auf Ausübung der Strafgerichtsbarkeit auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht aus. Das Recht, Maßnahmen zur Strafermittlung durchzuführen, bleibt unberührt. Freiheitsstrafen werden auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht vollstreckt.

(2) Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit abgesehen, so wird die Griechische Republik Mitglieder ihrer Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, auf Ersuchen der deutschen Behörden unverzüglich aus der Bundesrepublik Deutschland entfernen und auf Ersuchen der Bundesrepublik Deutschland den Fall ihren zuständigen Behörden zur Prüfung von Maßnahmen der Strafverfolgung im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung unterbreiten. Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit nicht abgesehen, so wirkt die Griechische Republik im Rahmen ihrer Rechtsordnung darauf hin, daß sich Mitglieder ihrer Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten stellen.

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The military authorities of the Hellenic Republic will not use their right to exercise criminal jurisdiction on the territory of the Federal Republic of Germany except in the case of offences which military superiors and judge advocates are authorized to punish under the law of the Hellenic Republic. The right to carry out measures of investigation remains unaffected. Prison sentences will not be executed on the territory of the Federal Republic of Germany.

(2) If the exercise of German jurisdiction is waived, the Hellenic Republic will, at the request of the German authorities, immediately remove from the Federal Republic of Germany members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory and, at the request of the Federal Republic of Germany, submit the case to its competent authorities for considerations concerning criminal prosecution within the bounds of its national legal system. If the exercise of German jurisdiction is not waived, the Hellenic Republic will, within the bounds of its legal system, use its influence to induce members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory to submit to the criminal proceedings instituted by the competent German authorities and courts.

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) Les autorités militaires de la République hellénique ne feront pas usage sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne de leur droit d'exercer la juridiction pénale, sauf en cas d'infractions devant être sanctionnées par des supérieurs ou juristes militaires conformément à la législation de la République hellénique. Il n'est pas porté atteinte au droit d'engager des mesures d'instruction pénale. Les peines privatives de liberté ne seront pas exécutées sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

(2) En cas de renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, la République hellénique, sur demande des autorités allemandes, rapatriera sans délai les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand et, sur demande de la République fédérale d'Allemagne, soumettra le cas à ses autorités compétentes qui examineront des mesures de poursuite pénale dans le cadre de son ordre juridique interne. Dans le cas de non-renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, la République hellénique fera en sorte, dans le cadre de son ordre juridique, que les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand se présentent aux autorités et tribunaux allemands compétents.

(3) Die zuständigen Behörden und Gerichte der Griechischen Republik werden den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Dr. Costis Ailianos

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 29. April 1998

(3) The competent authorities and courts of the Hellenic Republic will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent German authorities and courts in support of criminal proceedings.

Dr. Costis Ailianos

The State Secretary
of the Federal Foreign Office

Bonn, 29 April 1998

(3) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux compétents de la République hellénique prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux allemands compétents conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Dr. Costis Ailianos

Le Secrétaire
d'Etat des Affaires étrangères

Bonn, le 29 avril 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird von der Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit über die Mitglieder der Streitkräfte der Italienischen Republik bei Straftaten absehen, es sei denn, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung erfordern.

(2) Die zuständigen deutschen Behörden und Gerichte werden den zuständigen Behörden und Gerichten der Italienischen Republik entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Dr. v. Ploetz

Italienische Botschaft
Der Botschafter

Bonn, den 29. April 1998

Exzellenz,

ich beehre mich, den Eingang Ihrer Note vom 29. April 1998 zu bestätigen und Ihnen mitzuteilen, daß sich die Regierung der Italienischen Republik mit dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Demgemäß bilden Ihre Note vom 29. April 1998 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Italienischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinbarung tritt zwischen beiden Regierungen in Kraft, sobald sie einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten schriftlichen Mitteilung als Tag des Inkrafttretens gilt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Enzo Perlot

S.E.
dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Herrn Dr. Hans-Friedrich von Ploetz

Bonn

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The Federal Republic of Germany will waive the exercise of German criminal jurisdiction over the members of the armed forces of the Italian Republic unless essential interests of German administration of justice make such exercise of jurisdiction imperative.

(2) The competent German authorities and courts will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent authorities and courts of the Italian Republic in support of criminal proceedings.

Dr. v. Ploetz

The Embassy of the Italian Republic
The Ambassador

Bonn, 29 April 1998

Excellency,

I have the honour to confirm receipt of your Note of 29 April 1998 and to inform you that the Government of the Italian Republic agrees to the proposal made by the Government of the Federal Republic of Germany. Accordingly, your Note of 29 April 1998 and this Note in reply thereto shall constitute an Agreement between the Government of the Italian Republic and the Government of the Federal Republic of Germany. The Agreement shall enter into force between the two Governments as soon as they have notified each other in writing that the national requirements for entry into force have been fulfilled, whereby the day of receipt of the last written notification shall be deemed to be the effective date.

Accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

Enzo Perlot

H.E.
Dr. Hans-Friedrich von Ploetz
State Secretary
Federal Foreign Office

Bonn

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) La République fédérale d'Allemagne renoncera à exercer la juridiction pénale allemande à l'égard des membres des forces armées de la République italienne, à moins que des intérêts essentiels de l'administration de la justice allemande ne l'exigent.

(2) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux allemands compétents prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux compétents de la République italienne conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Dr. v. Ploetz

Ambassade de la République italienne
L'Ambassadeur

Bonn, le 29 avril 1998

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note en date du 29 avril 1998 et de vous faire savoir que le Gouvernement de la République italienne déclare accepter la proposition du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. En conséquence, votre note en date du 29 avril 1998 et la présente note de réponse constituent un Accord entre le Gouvernement de la République italienne et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Cet Accord entrera en vigueur entre les deux Gouvernements dès qu'ils se seront mutuellement informés par écrit que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies, la date d'entrée en vigueur étant celle de la réception de la dernière de ces communications.

Veillez agréer, Excellence, l'assurance de ma très haute considération.

Enzo Perlot

Son Excellence
Monsieur Hans-Friedrich von Ploetz
Secrétaire d'Etat des Affaires étrangères

Bonn

Italienische Botschaft
Der Botschafter

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Mit Ausnahme der Ahndung von Straftaten, die nach dem Recht der Italienischen Republik militärischen Vorgesetzten und Militärjuristen übertragen ist, üben die Militärbehörden der Italienischen Republik das Recht auf Ausübung der Strafgerichtsbarkeit auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht aus. Das Recht, Maßnahmen zur Strafermittlung durchzuführen, bleibt unberührt. Freiheitsstrafen werden auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht vollstreckt.

(2) Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit abgesehen, so wird die Italienische Republik Mitglieder ihrer Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, auf Ersuchen der deutschen Behörden unverzüglich aus der Bundesrepublik Deutschland entfernen und auf Ersuchen der Bundesrepublik Deutschland den Fall ihren zuständigen Behörden zur Prüfung von Maßnahmen der Strafverfolgung im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung unterbreiten. Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit nicht abgesehen, so wirkt die Italienische Republik im Rahmen ihrer Rechtsordnung darauf hin, daß sich Mitglieder ihrer Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten stellen.

(3) Die zuständigen Behörden und Gerichte der Italienischen Republik werden den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Enzo Perlot

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird von der Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit über die Mitglieder der Streitkräfte des Großherzogtums Luxemburg bei Straftaten absehen, es sei denn, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung erfordern.

(2) Die zuständigen deutschen Behörden und Gerichte werden den zuständigen Behörden und Gerichten des Großherzogtums Luxemburg entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Ver-

The Embassy of the Italian Republic
The Ambassador

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The military authorities of the Italian Republic will not use their right to exercise criminal jurisdiction on the territory of the Federal Republic of Germany except in the case of offences which military superiors and judge advocates are authorized to punish under the law of the Italian Republic. The right to carry out measures of investigation remains unaffected. Prison sentences will not be executed on the territory of the Federal Republic of Germany.

(2) If the exercise of German jurisdiction is waived, the Italian Republic will, at the request of the German authorities, immediately remove from the Federal Republic of Germany members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory and, at the request of the Federal Republic of Germany, submit the case to its competent authorities for considerations concerning criminal prosecution within the bounds of its national legal system. If the exercise of German jurisdiction is not waived, the Italian Republic will, within the bounds of its legal system, use its influence to induce members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory to submit to the criminal proceedings instituted by the competent German authorities and courts.

(3) The competent authorities and courts of the Italian Republic will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent German authorities and courts in support of criminal proceedings.

Enzo Perlot

The State Secretary
of the Federal Foreign Office

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The Federal Republic of Germany will waive the exercise of German criminal jurisdiction over the members of the armed forces of the Grand Duchy of Luxembourg unless essential interests of German administration of justice make such exercise of jurisdiction imperative.

(2) The competent German authorities and courts will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent authorities and courts of

Ambassade de la République italienne
L'Ambassadeur

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) Les autorités militaires de la République italienne ne feront pas usage sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne de leur droit d'exercer la juridiction pénale, sauf en cas d'infractions devant être sanctionnées par des supérieurs ou juristes militaires conformément à la législation de la République italienne. Il n'est pas porté atteinte au droit d'engager des mesures d'instruction pénale. Les peines privatives de liberté ne seront pas exécutées sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

(2) En cas de renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, la République italienne, sur demande des autorités allemandes, rapatriera sans délai les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand et, sur demande de la République fédérale d'Allemagne, soumettra le cas à ses autorités compétentes qui examineront des mesures de poursuite pénale dans le cadre de son ordre juridique interne. Dans le cas de non-renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, la République italienne fera en sorte, dans le cadre de son ordre juridique, que les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand se présentent aux autorités et tribunaux allemands compétents.

(3) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux compétents de la République italienne prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux allemands compétents conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Enzo Perlot

Le Secrétaire
d'Etat des Affaires étrangères

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) La République fédérale d'Allemagne renoncera à exercer la juridiction pénale allemande à l'égard des membres des forces armées du Grand-Duché de Luxembourg, à moins que des intérêts essentiels de l'administration de la justice allemande ne l'exigent.

(2) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux allemands compétents prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux compétents du Grand-Duché de Luxembourg

pflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Dr. v. Ploetz

the Grand Duchy of Luxembourg in support of criminal proceedings.

Dr. v. Ploetz

conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Dr. v. Ploetz

Botschaft des
Großherzogtums Luxemburg

Bonn, den 29. April 1998

The Embassy of the
Grand Duchy of Luxembourg

Bonn, 29 April 1998

Ambassade
du Grand-Duché de Luxembourg

Bonn, le 29 avril 1998

Exzellenz,

ich beehre mich, den Eingang Ihrer Note vom 29. April 1998 zu bestätigen und Ihnen mitzuteilen, daß sich die Regierung des Großherzogtums Luxemburg mit dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Demgemäß bilden Ihre Note vom 29. April 1998 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung des Großherzogtums Luxemburg und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinbarung tritt zwischen beiden Regierungen in Kraft, sobald sie einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten schriftlichen Mitteilung als Tag des Inkrafttretens gilt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Julien Alex

S.E.
dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Herrn Dr. Hans-Friedrich von Ploetz

Bonn

Botschaft des
Großherzogtums Luxemburg

Bonn, den 29. April 1998

Excellency,

I have the honour to confirm receipt of your Note of 29 April 1998 and to inform you that the Government of the Grand Duchy of Luxembourg agrees to the proposal made by the Government of the Federal Republic of Germany. Accordingly, your Note of 29 April 1998 and this Note in reply thereto shall constitute an Agreement between the Government of the Grand Duchy of Luxembourg and the Government of the Federal Republic of Germany. The Agreement shall enter into force between the two Governments as soon as they have notified each other in writing that the national requirements for entry into force have been fulfilled, whereby the day of receipt of the last written notification shall be deemed to be the effective date.

Accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

Julien Alex

H.E.
Dr. Hans-Friedrich von Ploetz
State Secretary
Federal Foreign Office

Bonn

The Embassy of the
Grand Duchy of Luxembourg

Bonn, 29 April 1998

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note en date du 29 avril 1998 et de vous faire savoir que le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg déclare accepter la proposition du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. En conséquence, votre note en date du 29 avril 1998 et la présente note de réponse constituent un Accord entre le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Cet Accord entrera en vigueur entre les deux Gouvernements dès qu'ils se seront mutuellement informés par écrit que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies, la date d'entrée en vigueur étant celle de la réception de la dernière de ces communications.

Veillez agréer, Excellence, l'assurance de ma très haute considération.

Julien Alex

Son Excellence
Monsieur Hans-Friedrich von Ploetz
Secrétaire d'Etat des Affaires étrangères

Bonn

Ambassade
du Grand-Duché de Luxembourg

Bonn, le 29 avril 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Mit Ausnahme der Ahndung von Straftaten, die nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg militärischen Vorgesetzten und Militärjuristen übertragen ist, üben die Militärbehörden des Großherzogtums Luxemburg das Recht auf Ausübung der Strafgerichtsbarkeit auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht aus. Das Recht, Maßnahmen zur Strafermittlung durchzuführen, bleibt unberührt. Freiheitsstrafen werden auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht vollstreckt.

(2) Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit abgesehen, so wird das Großherzogtum Luxemburg Mitglieder seiner Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, auf Ersuchen der deutschen Behörden unverzüglich aus der Bundesre-

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The military authorities of the Grand Duchy of Luxembourg will not use their right to exercise criminal jurisdiction on the territory of the Federal Republic of Germany except in the case of offences which military superiors and judge advocates are authorized to punish under the law of the Grand Duchy of Luxembourg. The right to carry out measures of investigation remains unaffected. Prison sentences will not be executed on the territory of the Federal Republic of Germany.

(2) If the exercise of German jurisdiction is waived, the Grand Duchy of Luxembourg will, at the request of the German authorities, immediately remove from the Federal Republic of Germany members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory and, at the request of the

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) Les autorités militaires du Grand-Duché de Luxembourg ne feront pas usage sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne de leur droit d'exercer la juridiction pénale, sauf en cas d'infractions devant être sanctionnées par des supérieurs ou juristes militaires conformément à la législation du Grand-Duché de Luxembourg. Il n'est pas porté atteinte au droit d'engager des mesures d'instruction pénale. Les peines privatives de liberté ne seront pas exécutées sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

(2) En cas de renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, le Grand-Duché de Luxembourg, sur demande des autorités allemandes, rapatriera sans délai les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand et, sur demande de la République fédérale

publik Deutschland entfernen und auf Ersuchen der Bundesrepublik Deutschland den Fall seinen zuständigen Behörden zur Prüfung von Maßnahmen der Strafverfolgung im Rahmen seiner innerstaatlichen Rechtsordnung unterbreiten. Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit nicht abgesehen, so wirkt das Großherzogtum Luxemburg im Rahmen seiner Rechtsordnung darauf hin, daß sich Mitglieder seiner Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten stellen.

(3) Die zuständigen Behörden und Gerichte des Großherzogtums Luxemburg werden den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Julien Alex

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird von der Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit über die Mitglieder der Streitkräfte des Königreichs Norwegen bei Straftaten absehen, es sei denn, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung erfordern.

(2) Die zuständigen deutschen Behörden und Gerichte werden den zuständigen Behörden und Gerichten des Königreichs Norwegen entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Dr. v. Ploetz

Der Botschafter
des Königreichs Norwegen

Bonn, den 29. April 1998

Exzellenz,

ich beehre mich, den Eingang Ihrer Note vom 29. April 1998 zu bestätigen und Ihnen mitzuteilen, daß sich die Regierung des Königreichs Norwegen mit dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Demgemäß bilden Ihre Note vom 29. April 1998 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung des Königreichs Norwegen und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinbarung tritt zwischen beiden Regierungen in Kraft, sobald sie einander schriftlich mitgeteilt haben,

Federal Republic of Germany, submit the case to its competent authorities for considerations concerning criminal prosecution within the bounds of its national legal system. If the exercise of German jurisdiction is not waived, the Grand Duchy of Luxembourg will, within the bounds of its legal system, use its influence to induce members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory to submit to the criminal proceedings instituted by the competent German authorities and courts.

(3) The competent authorities and courts of the Grand Duchy of Luxembourg will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent German authorities and courts in support of criminal proceedings.

Julien Alex

The State Secretary
of the Federal Foreign Office

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The Federal Republic of Germany will waive the exercise of German criminal jurisdiction over the members of the armed forces of the Kingdom of Norway unless essential interests of German administration of justice make such exercise of jurisdiction imperative.

(2) The competent German authorities and courts will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent authorities and courts of the Kingdom of Norway in support of criminal proceedings.

Dr. v. Ploetz

The Ambassador
of the Kingdom of Norway

Bonn, 29 April 1998

Excellency,

I have the honour to confirm receipt of your Note of 29 April 1998 and to inform you that the Government of the Kingdom of Norway agrees to the proposal made by the Government of the Federal Republic of Germany. Accordingly, your Note of 29 April 1998 and this Note in reply thereto shall constitute an Agreement between the Government of the Kingdom of Norway and the Government of the Federal Republic of Germany. The Agreement shall enter into force between the two Governments as soon as they have notified each other in

d'Allemagne, soumettra le cas à ses autorités compétentes qui examineront des mesures de poursuite pénale dans le cadre de son ordre juridique interne. Dans le cas de non-renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, le Grand-Duché de Luxembourg fera en sorte, dans le cadre de son ordre juridique, que les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand se présentent aux autorités et tribunaux allemands compétents.

(3) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux compétents du Grand-Duché de Luxembourg prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux allemands compétents conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Julien Alex

Le Secrétaire
d'Etat des Affaires étrangères

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) La République fédérale d'Allemagne renoncera à exercer la juridiction pénale allemande à l'égard des membres des forces armées du Royaume de Norvège, à moins que des intérêts essentiels de l'administration de la justice allemande ne l'exigent.

(2) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux allemands compétents prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux compétents du Royaume de Norvège conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Dr. v. Ploetz

L'Ambassadeur
du Royaume de Norvège

Bonn, le 29 avril 1998

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note en date du 29 avril 1998 et de vous faire savoir que le Gouvernement du Royaume de Norvège déclare accepter la proposition du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. En conséquence, votre note en date du 29 avril 1998 et la présente note de réponse constituent un Accord entre le Gouvernement du Royaume de Norvège et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Cet Accord entrera en vigueur entre les deux Gouvernements dès qu'ils se seront

daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten schriftlichen Mitteilung als Tag des Inkrafttretens gilt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Morten Wetland

S.E.
dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Herrn Dr. Hans-Friedrich von Ploetz

Bonn

Der Botschafter
des Königreichs Norwegen

Bonn, den 29. April 1998

writing that the national requirements for entry into force have been fulfilled, whereby the day of receipt of the last written notification shall be deemed to be the effective date.

Accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

Morten Wetland

H.E.
Dr. Hans-Friedrich von Ploetz
State Secretary
Federal Foreign Office

Bonn

The Ambassador
of the Kingdom of Norway

Bonn, 29 April 1998

mutuellement informés par écrit que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies, la date d'entrée en vigueur étant celle de la réception de la dernière de ces communications.

Veillez agréer, Excellence, l'assurance de ma très haute considération.

Morten Wetland

Son Excellence
Monsieur Hans-Friedrich von Ploetz
Secrétaire d'Etat des Affaires étrangères

Bonn

L'Ambassadeur
du Royaume de Norvège

Bonn, le 29 avril 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Mit Ausnahme der Ahndung von Straftaten, die nach dem Recht des Königreichs Norwegen militärischen Vorgesetzten und Militärjuristen übertragen ist, üben die Militärbehörden des Königreichs Norwegen das Recht auf Ausübung der Strafgerichtsbarkeit auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht aus. Das Recht, Maßnahmen zur Strafverfolgung durchzuführen, bleibt unberührt. Freiheitsstrafen werden auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht vollstreckt.

(2) Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit abgesehen, so wird das Königreich Norwegen Mitglieder seiner Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, auf Ersuchen der deutschen Behörden unverzüglich aus der Bundesrepublik Deutschland entfernen und auf Ersuchen der Bundesrepublik Deutschland den Fall seinen zuständigen Behörden zur Prüfung von Maßnahmen der Strafverfolgung im Rahmen seiner innerstaatlichen Rechtsordnung unterbreiten. Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit nicht abgesehen, so wirkt das Königreich Norwegen im Rahmen seiner Rechtsordnung darauf hin, daß sich Mitglieder seiner Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten stellen.

(3) Die zuständigen Behörden und Gerichte des Königreichs Norwegen werden den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Morten Wetland

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The military authorities of the Kingdom of Norway will not use their right to exercise criminal jurisdiction on the territory of the Federal Republic of Germany except in the case of offences which military superiors and judge advocates are authorized to punish under the law of the Kingdom of Norway. The right to carry out measures of investigation remains unaffected. Prison sentences will not be executed on the territory of the Federal Republic of Germany.

(2) If the exercise of German jurisdiction is waived, the Kingdom of Norway will, at the request of the German authorities, immediately remove from the Federal Republic of Germany members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory and, at the request of the Federal Republic of Germany, submit the case to its competent authorities for considerations concerning criminal prosecution within the bounds of its national legal system. If the exercise of German jurisdiction is not waived, the Kingdom of Norway will, within the bounds of its legal system, use its influence to induce members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory to submit to the criminal proceedings instituted by the competent German authorities and courts.

(3) The competent authorities and courts of the Kingdom of Norway will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent German authorities and courts in support of criminal proceedings.

Morten Wetland

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) Les autorités militaires du Royaume de Norvège ne feront pas usage sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne de leur droit d'exercer la juridiction pénale, sauf en cas d'infractions devant être sanctionnées par des supérieurs ou juristes militaires conformément à la législation du Royaume de Norvège. Il n'est pas porté atteinte au droit d'engager des mesures d'instruction pénale. Les peines privatives de liberté ne seront pas exécutées sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

(2) En cas de renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, le Royaume de Norvège, sur demande des autorités allemandes, rapatriera sans délai les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand et, sur demande de la République fédérale d'Allemagne, soumettra le cas à ses autorités compétentes qui examineront des mesures de poursuite pénale dans le cadre de son ordre juridique interne. Dans le cas de non-renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, le Royaume de Norvège fera en sorte, dans le cadre de son ordre juridique, que les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand se présentent aux autorités et tribunaux allemands compétents.

(3) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux compétents du Royaume de Norvège prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux allemands compétents conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Morten Wetland

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 29. April 1998

The State Secretary
of the Federal Foreign Office

Bonn, 29 April 1998

Le Secrétaire
d'Etat des Affaires étrangères

Bonn, le 29 avril 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird von der Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit über die Mitglieder der Streitkräfte der Portugiesischen Republik bei Straftaten absehen, es sei denn, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung erfordern.

(2) Die zuständigen deutschen Behörden und Gerichte werden den zuständigen Behörden und Gerichten der Portugiesischen Republik entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Dr. v. Ploetz

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The Federal Republic of Germany will waive the exercise of German criminal jurisdiction over the members of the armed forces of the Portuguese Republic unless essential interests of German administration of justice make such exercise of jurisdiction imperative.

(2) The competent German authorities and courts will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent authorities and courts of the Portuguese Republic in support of criminal proceedings.

Dr. v. Ploetz

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) La République fédérale d'Allemagne renoncera à exercer la juridiction pénale allemande à l'égard des membres des forces armées de la République portugaise, à moins que des intérêts essentiels de l'administration de la justice allemande ne l'exigent.

(2) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux allemands compétents prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux compétents de la République portugaise conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Dr. v. Ploetz

Portugiesische Botschaft

Bonn, den 29. April 1998

The Embassy
of the Portuguese Republic

Bonn, 29 April 1998

Ambassade
de la République portugaise

Bonn, le 29 avril 1998

Exzellenz,

ich beehre mich, den Eingang Ihrer Note vom 29. April 1998 zu bestätigen und Ihnen mitzuteilen, daß sich die Regierung der Portugiesischen Republik mit dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Demgemäß bilden Ihre Note vom 29. April 1998 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Portugiesischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinbarung tritt zwischen beiden Regierungen in Kraft, sobald sie einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten schriftlichen Mitteilung als Tag des Inkrafttretens gilt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Luis Pazos Alonso

S.E.
dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Herrn Dr. Hans-Friedrich von Ploetz

Bonn

Portugiesische Botschaft

Bonn, den 29. April 1998

Excellency,

I have the honour to confirm receipt of your Note of 29 April 1998 and to inform you that the Government of the Portuguese Republic agrees to the proposal made by the Government of the Federal Republic of Germany. Accordingly, your Note of 29 April 1998 and this Note in reply thereto shall constitute an Agreement between the Government of the Portuguese Republic and the Government of the Federal Republic of Germany. The Agreement shall enter into force between the two Governments as soon as they have notified each other in writing that the national requirements for entry into force have been fulfilled, whereby the day of receipt of the last written notification shall be deemed to be the effective date.

Accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

Luis Pazos Alonso

H.E.
Dr. Hans-Friedrich von Ploetz
State Secretary
Federal Foreign Office

Bonn

The Embassy
of the Portuguese Republic

Bonn, 29 April 1998

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note en date du 29 avril 1998 et de vous faire savoir que le Gouvernement de la République portugaise déclare accepter la proposition du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. En conséquence, votre note en date du 29 avril 1998 et la présente note de réponse constituent un Accord entre le Gouvernement de la République portugaise et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Cet Accord entrera en vigueur entre les deux Gouvernements dès qu'ils se seront mutuellement informés par écrit que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies, la date d'entrée en vigueur étant celle de la réception de la dernière de ces communications.

Veillez agréer, Excellence, l'assurance de ma très haute considération.

Luis Pazos Alonso

Son Excellence
Monsieur Hans-Friedrich von Ploetz
Secrétaire d'Etat des Affaires étrangères

Bonn

Ambassade
de la République portugaise

Bonn, le 29 avril 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Mit Ausnahme der Ahndung von Straftaten, die nach dem Recht der Portugiesischen Republik militärischen Vorgesetzten und Militärjuristen übertragen ist, üben die Militärbehörden der Portugiesischen Republik das Recht auf Ausübung

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The military authorities of the Portuguese Republic will not use their right to exercise criminal jurisdiction on the territory of the Federal Republic of Germany except in the case of offences which military superiors and judge advocates are

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) Les autorités militaires de la République portugaise ne feront pas usage sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne de leur droit d'exercer la juridiction pénale, sauf en cas d'infractions devant être sanctionnées par des supérieurs

der Strafgerichtsbarkeit auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht aus. Das Recht, Maßnahmen zur Strafermittlung durchzuführen, bleibt unberührt. Freiheitsstrafen werden auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht vollstreckt.

(2) Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit abgesehen, so wird die Portugiesische Republik Mitglieder ihrer Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, auf Ersuchen der deutschen Behörden unverzüglich aus der Bundesrepublik Deutschland entfernen und auf Ersuchen der Bundesrepublik Deutschland den Fall ihren zuständigen Behörden zur Prüfung von Maßnahmen der Strafverfolgung im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung unterbreiten. Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit nicht abgesehen, so wirkt die Portugiesische Republik im Rahmen ihrer Rechtsordnung darauf hin, daß sich Mitglieder ihrer Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten stellen.

(3) Die zuständigen Behörden und Gerichte der Portugiesischen Republik werden den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Luís Pazos Alonso

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird von der Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit über die Mitglieder der Streitkräfte des Königreichs Spanien bei Straftaten absehen, es sei denn, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung erfordern.

(2) Die zuständigen deutschen Behörden und Gerichte werden den zuständigen Behörden und Gerichten des Königreichs Spanien entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Dr. v. Ploetz

Der Botschafter von Spanien

Bonn, den 29. April 1998

Exzellenz,

ich beehre mich, den Eingang Ihrer Note vom 29. April 1998 zu bestätigen und Ihnen

authorized to punish under the law of the Portuguese Republic. The right to carry out measures of investigation remains unaffected. Prison sentences will not be executed on the territory of the Federal Republic of Germany.

(2) If the exercise of German jurisdiction is waived, the Portuguese Republic will, at the request of the German authorities, immediately remove from the Federal Republic of Germany members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory and, at the request of the Federal Republic of Germany, submit the case to its competent authorities for considerations concerning criminal prosecution within the bounds of its national legal system. If the exercise of German jurisdiction is not waived, the Portuguese Republic will, within the bounds of its legal system, use its influence to induce members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory to submit to the criminal proceedings instituted by the competent German authorities and courts.

(3) The competent authorities and courts of the Portuguese Republic will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent German authorities and courts in support of criminal proceedings.

Luís Pazos Alonso

The State Secretary
of the Federal Foreign Office

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The Federal Republic of Germany will waive the exercise of German criminal jurisdiction over the members of the armed forces of the Kingdom of Spain unless essential interests of German administration of justice make such exercise of jurisdiction imperative.

(2) The competent German authorities and courts will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent authorities and courts of the Kingdom of Spain in support of criminal proceedings.

Dr. v. Ploetz

The Ambassador
of the Kingdom of Spain

Bonn, 29 April 1998

Excellency,

I have the honour to confirm receipt of your Note of 29 April 1998 and to inform

ou juristes militaires conformément à la législation de la République portugaise. Il n'est pas porté atteinte au droit d'engager des mesures d'instruction pénale. Les peines privatives de liberté ne seront pas exécutées sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

(2) En cas de renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, la République portugaise, sur demande des autorités allemandes, rapatriera sans délai les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand et, sur demande de la République fédérale d'Allemagne, soumettra le cas à ses autorités compétentes qui examineront des mesures de poursuite pénale dans le cadre de son ordre juridique interne. Dans le cas de non-renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, la République portugaise fera en sorte, dans le cadre de son ordre juridique, que les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand se présentent aux autorités et tribunaux allemands compétents.

(3) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux compétents de la République portugaise prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux allemands compétents conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Luís Pazos Alonso

Le Secrétaire
d'Etat des Affaires étrangères

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) La République fédérale d'Allemagne renoncera à exercer la juridiction pénale allemande à l'égard des membres des forces armées du Royaume d'Espagne, à moins que des intérêts essentiels de l'administration de la justice allemande ne l'exigent.

(2) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux allemands compétents prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux compétents du Royaume d'Espagne conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Dr. v. Ploetz

L'Ambassadeur
du Royaume d'Espagne

Bonn, le 29 avril 1998

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note en date du 29 avril 1998 et de

mitzuteilen, daß sich die Regierung des Königreichs Spanien mit dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Demgemäß bilden Ihre Note vom 29. April 1998 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung des Königreichs Spanien und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinbarung tritt zwischen beiden Regierungen in Kraft, sobald sie einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten schriftlichen Mitteilung als Tag des Inkrafttretens gilt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

José Pedro Sebastián de Erice y Gómez-Acebo

S.E.

dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Herrn Dr. Hans-Friedrich von Ploetz

Bonn

Der Botschafter von Spanien

Bonn, den 29. April 1998

you that the Government of the Kingdom of Spain agrees to the proposal made by the Government of the Federal Republic of Germany. Accordingly, your Note of 29 April 1998 and this Note in reply thereto shall constitute an Agreement between the Government of the Kingdom of Spain and the Government of the Federal Republic of Germany. The Agreement shall enter into force between the two Governments as soon as they have notified each other in writing that the national requirements for entry into force have been fulfilled, whereby the day of receipt of the last written notification shall be deemed to be the effective date.

Accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

José Pedro Sebastián de Erice y Gómez-Acebo

H.E.

Dr. Hans-Friedrich von Ploetz
State Secretary
Federal Foreign Office

Bonn

The Ambassador
of the Kingdom of Spain

Bonn, 29 April 1998

vous faire savoir que le Gouvernement du Royaume d'Espagne déclare accepter la proposition du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. En conséquence, votre note en date du 29 avril 1998 et la présente note de réponse constituent un Accord entre le Gouvernement du Royaume d'Espagne et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Cet Accord entrera en vigueur entre les deux Gouvernements dès qu'ils se seront mutuellement informés par écrit que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies, la date d'entrée en vigueur étant celle de la réception de la dernière de ces communications.

Veillez agréer, Excellence, l'assurance de ma très haute considération.

José Pedro Sebastián de Erice y Gómez-Acebo

Son Excellence

Monsieur Hans-Friedrich von Ploetz
Secrétaire d'Etat des Affaires étrangères

Bonn

L'Ambassadeur
du Royaume d'Espagne

Bonn, le 29 avril 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Mit Ausnahme der Ahndung von Straftaten, die nach dem Recht des Königreichs Spanien militärischen Vorgesetzten und Militärjuristen übertragen ist, üben die Militärbehörden des Königreichs Spanien das Recht auf Ausübung der Strafgerichtsbarkeit auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht aus. Das Recht, Maßnahmen zur Strafverfolgung durchzuführen, bleibt unberührt. Freiheitsstrafen werden auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht vollstreckt.

(2) Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit abgesehen, so wird das Königreich Spanien Mitglieder seiner Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, auf Ersuchen der deutschen Behörden unverzüglich aus der Bundesrepublik Deutschland entfernen und auf Ersuchen der Bundesrepublik Deutschland den Fall seinen zuständigen Behörden zur Prüfung von Maßnahmen der Strafverfolgung im Rahmen seiner innerstaatlichen Rechtsordnung unterbreiten. Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit nicht abgesehen, so wirkt das Königreich Spanien im Rahmen seiner Rechtsordnung darauf hin, daß sich Mitglieder seiner Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten stellen.

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The military authorities of the Kingdom of Spain will not use their right to exercise criminal jurisdiction on the territory of the Federal Republic of Germany except in the case of offences which military superiors and judge advocates are authorized to punish under the law of the Kingdom of Spain. The right to carry out measures of investigation remains unaffected. Prison sentences will not be executed on the territory of the Federal Republic of Germany.

(2) If the exercise of German jurisdiction is waived, the Kingdom of Spain will, at the request of the German authorities, immediately remove from the Federal Republic of Germany members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory and, at the request of the Federal Republic of Germany, submit the case to its competent authorities for considerations concerning criminal prosecution within the bounds of its national legal system. If the exercise of German jurisdiction is not waived, the Kingdom of Spain will, within the bounds of its legal system, use its influence to induce members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory to submit to the criminal proceedings instituted by the competent German authorities and courts.

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) Les autorités militaires du Royaume d'Espagne ne feront pas usage sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne de leur droit d'exercer la juridiction pénale, sauf en cas d'infractions devant être sanctionnées par des supérieurs ou juristes militaires conformément à la législation du Royaume d'Espagne. Il n'est pas porté atteinte au droit d'engager des mesures d'instruction pénale. Les peines privatives de liberté ne seront pas exécutées sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

(2) En cas de renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, le Royaume d'Espagne, sur demande des autorités allemandes, rapatriera sans délai les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand et, sur demande de la République fédérale d'Allemagne, soumettra le cas à ses autorités compétentes qui examineront des mesures de poursuite pénale dans le cadre de son ordre juridique interne. Dans le cas de non-renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, le Royaume d'Espagne fera en sorte, dans le cadre de son ordre juridique, que les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand se présentent aux autorités et tribunaux allemands compétents.

(3) Die zuständigen Behörden und Gerichte des Königreichs Spanien werden den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

José Pedro Sebastián de Erice y Gómez-Acebo

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 29. April 1998

(3) The competent authorities and courts of the Kingdom of Spain will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent German authorities and courts in support of criminal proceedings.

José Pedro Sebastián de Erice y Gómez-Acebo

The State Secretary
of the Federal Foreign Office

Bonn, 29 April 1998

(3) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux compétents du Royaume d'Espagne prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux allemands compétents conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

José Pedro Sebastián de Erice y Gómez-Acebo

Le Secrétaire
d'Etat des Affaires étrangères

Bonn, le 29 avril 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird von der Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit über die Mitglieder der Streitkräfte der Republik Türkei bei Straftaten absehen, es sei denn, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung erfordern.

(2) Die zuständigen deutschen Behörden und Gerichte werden den zuständigen Behörden und Gerichten der Republik Türkei entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Dr. v. Ploetz

Türkische Botschaft

Bonn, den 29. April 1998

Exzellenz,

ich beehre mich, den Eingang Ihrer Note vom 29. April 1998 zu bestätigen und Ihnen mitzuteilen, daß sich die Regierung der Republik Türkei mit dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Demgemäß bilden Ihre Note vom 29. April 1998 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Republik Türkei und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinbarung tritt zwischen beiden Regierungen in Kraft, sobald sie einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten schriftlichen Mitteilung als Tag des Inkrafttretens gilt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Volkan Vural

S.E.
dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Herrn Dr. Hans-Friedrich von Ploetz

Bonn

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The Federal Republic of Germany will waive the exercise of German criminal jurisdiction over the members of the armed forces of the Republic of Turkey unless essential interests of German administration of justice make such exercise of jurisdiction imperative.

(2) The competent German authorities and courts will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent authorities and courts of the Republic of Turkey in support of criminal proceedings.

Dr. v. Ploetz

The Embassy
of the Republic of Turkey

Bonn, 29 April 1998

Excellency,

I have the honour to confirm receipt of your Note of 29 April 1998 and to inform you that the Government of the Republic of Turkey agrees to the proposal made by the Government of the Federal Republic of Germany. Accordingly, your Note of 29 April 1998 and this Note in reply thereto shall constitute an Agreement between the Government of the Republic of Turkey and the Government of the Federal Republic of Germany. The Agreement shall enter into force between the two Governments as soon as they have notified each other in writing that the national requirements for entry into force have been fulfilled, whereby the day of receipt of the last written notification shall be deemed to be the effective date.

Accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

Volkan Vural

H.E.
Dr. Hans-Friedrich von Ploetz
State Secretary
Federal Foreign Office

Bonn

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) La République fédérale d'Allemagne renoncera à exercer la juridiction pénale allemande à l'égard des membres des forces armées de la République turque, à moins que des intérêts essentiels de l'administration de la justice allemande ne l'exigent.

(2) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux allemands compétents prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux compétents de la République turque conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Dr. v. Ploetz

Ambassade
de la République turque

Bonn, le 29 avril 1998

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note en date du 29 avril 1998 et de vous faire savoir que le Gouvernement de la République turque déclare accepter la proposition du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. En conséquence, votre note en date du 29 avril 1998 et la présente note de réponse constituent un Accord entre le Gouvernement de la République turque et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Cet Accord entrera en vigueur entre les deux Gouvernements dès qu'ils se seront mutuellement informés par écrit que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies, la date d'entrée en vigueur étant celle de la réception de la dernière de ces communications.

Veillez agréer, Excellence, l'assurance de ma très haute considération.

Volkan Vural

Son Excellence
Monsieur Hans-Friedrich von Ploetz
Secrétaire d'Etat des Affaires étrangères

Bonn

Türkische Botschaft

The Embassy
of the Republic of TurkeyAmbassade
de la République turque

Bonn, den 29. April 1998

Bonn, 29 April 1998

Bonn, le 29 avril 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Mit Ausnahme der Ahndung von Straftaten, die nach dem Recht der Republik Türkei militärischen Vorgesetzten und Militärjuristen übertragen ist, üben die Militärbehörden der Republik Türkei das Recht auf Ausübung der Strafgerichtsbarkeit auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht aus. Das Recht, Maßnahmen zur Strafermittlung durchzuführen, bleibt unberührt. Freiheitsstrafen werden auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht vollstreckt.

(2) Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit abgesehen, so wird die Republik Türkei Mitglieder ihrer Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, auf Ersuchen der deutschen Behörden unverzüglich aus der Bundesrepublik Deutschland entfernen und auf Ersuchen der Bundesrepublik Deutschland den Fall ihren zuständigen Behörden zur Prüfung von Maßnahmen der Strafverfolgung im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung unterbreiten. Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit nicht abgesehen, so wirkt die Republik Türkei im Rahmen ihrer Rechtsordnung darauf hin, daß sich Mitglieder ihrer Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten stellen.

(3) Die zuständigen Behörden und Gerichte der Republik Türkei werden den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Volkan Vural

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The military authorities of the Republic of Turkey will not use their right to exercise criminal jurisdiction on the territory of the Federal Republic of Germany except in the case of offences which military superiors and judge advocates are authorized to punish under the law of the Republic of Turkey. The right to carry out measures of investigation remains unaffected. Prison sentences will not be executed on the territory of the Federal Republic of Germany.

(2) If the exercise of German jurisdiction is waived, the Republic of Turkey will, at the request of the German authorities, immediately remove from the Federal Republic of Germany members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory and, at the request of the Federal Republic of Germany, submit the case to its competent authorities for considerations concerning criminal prosecution within the bounds of its national legal system. If the exercise of German jurisdiction is not waived, the Republic of Turkey will, within the bounds of its legal system, use its influence to induce members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory to submit to the criminal proceedings instituted by the competent German authorities and courts.

(3) The competent authorities and courts of the Republic of Turkey will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent German authorities and courts in support of criminal proceedings.

Volkan Vural

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) Les autorités militaires de la République turque ne feront pas usage sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne de leur droit d'exercer la juridiction pénale, sauf en cas d'infractions devant être sanctionnées par des supérieurs ou juristes militaires conformément à la législation de la République turque. Il n'est pas porté atteinte au droit d'engager des mesures d'instruction pénale. Les peines privatives de liberté ne seront pas exécutées sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

(2) En cas de renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, la République turque, sur demande des autorités allemandes, rapatriera sans délai les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand et, sur demande de la République fédérale d'Allemagne, soumettra le cas à ses autorités compétentes qui examineront des mesures de poursuite pénale dans le cadre de son ordre juridique interne. Dans le cas de non-renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, la République turque fera en sorte, dans le cadre de son ordre juridique, que les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand se présentent aux autorités et tribunaux allemands compétents.

(3) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux compétents de la République turque prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux allemands compétents conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Volkan Vural

Vereinbarte Niederschrift
der Verhandlungen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und den Regierungen des Königreichs Dänemark,
der Griechischen Republik, der Italienischen Republik,
des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs Norwegen,
der Portugiesischen Republik, des Königreichs Spanien
und der Republik Türkei
über die Rechtsstellung ihrer Streitkräfte
bei vorübergehenden Aufenthalten in der Bundesrepublik Deutschland

1. Der Notenwechsel (Anlage 1) und die bei Vollzug des Notenwechsels vorgesehenen Erklärungen zur Ausübung der Strafgerichtsbarkeit (Anlage 2) wurden in deutscher, englischer und französischer Fassung paraphiert. Die Urkunden und diese Niederschrift werden den beteiligten Regierungen zur Zustimmung vorgelegt; sie werden gleichermaßen verbindlich sein.
2. Die in Nummer 1 Absatz 2 der Note genannte Rechtsstellung ist im Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut) beschrieben.
3. Nummer 2 der Note beruht auf Artikel II des NATO-Truppenstatuts und läßt die Rechte und Verpflichtungen aus dem NATO-Truppenstatut unberührt.
4. Die Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit wurden in Anwendung des Artikels VII des NATO-Truppenstatuts abgegeben. Dementsprechend ist die in diesen Erklärungen bezeichnete Strafgerichtsbarkeit in Artikel VII des NATO-Truppenstatuts beschrieben. Die Erklärungen gelten für alle Aufenthalte, auf die Artikel VII des NATO-Truppenstatuts anwendbar ist.
5. Geltende zweiseitige Vereinbarungen z.B. über die Mitbenutzung ärztlicher und zahnärztlicher Einrichtungen, Eisenbahntransporte und Überflug- und Landerechte, werden durch die Note nicht berührt.
6. Verweise auf die Regierungen im Notenwechsel und in den bei Vollzug des Notenwechsels abzugebenden Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit sind Verweise auf die von diesen Regierungen vertretenen Länder.

Bonn, den 5. Mai 1997

Für die deutsche Delegation
Dr. Dieter Fleck

Für die dänische Delegation
Ulf M. Berthelsen

Für die griechische Delegation
Nikolaos Douvas

Für die italienische Delegation
Faiti Salvadori

Für die luxemburgische Delegation
Marc-Henri Godefroid

Für die norwegische Delegation
Jon Ramberg

Für die portugiesische Delegation
Dr. João Manuel da Cruz da Silva Leitão

Für die spanische Delegation
Dr. Santiago Chamorro

Für die türkische Delegation
Volkan Vural

Agreed Minutes
of negotiations
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Governments of the Kingdom of Denmark, the Hellenic Republic,
the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg,
the Kingdom of Norway, the Portuguese Republic,
the Kingdom of Spain, and the Republic of Turkey
on the Status of Their Forces
during Temporary Stays in the Federal Republic of Germany

1. The Exchange of Notes (Annex 1) and the Declarations on the exercise of criminal jurisdiction which will be made on the occasion of the Exchange of Notes (Annex 2) were initialled in their German, English and French versions. The instruments and these Minutes will be submitted to the participating Governments for approval and will be equally binding.
2. The legal status referred to in Section 1 (2) of the Note is defined in the Agreement of 19 June 1951 between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces (NATO SOFA).
3. The provisions of Section 2 of the Note are based on Article II of NATO SOFA and are without prejudice to the rights and obligations under NATO SOFA.
4. The Declarations on Criminal Jurisdiction have been made in implementation of Article VII of NATO SOFA. Accordingly, the criminal jurisdiction referred to in these Declarations is defined in Article VII of NATO SOFA. The declarations shall apply to all stays to which Article VII of NATO SOFA applies.
5. Existing bilateral agreements on e.g. co-use of medical and dental facilities, railway transportation as well as overflight and landing rights shall not be affected by the provisions of the Note.
6. References to Governments in the Exchange of Notes and the Declarations on Criminal Jurisdiction to be made on the occasion of the Exchange of Notes are references to the countries represented by those Governments.

Bonn, 5 May 1997

For the Danish Delegation
Ulf M. Berthelsen

For the German Delegation
Dr. Dieter Fleck

For the Hellenic Delegation
Nikolaos Douvas

For the Italian Delegation
Faiti Salvadori

For the Luxembourg Delegation
Marc-Henri Godefroid

For the Norwegian Delegation
Jon Ramberg

For the Portuguese Delegation
Dr. João Manuel da Cruz da Silva Leitão

For the Spanish Delegation
Dr. Santiago Chamorro

For the Turkish Delegation
Volkan Vural

Procès-verbal convenu
des négociations
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et les Gouvernements du Royaume du Danemark,
du Royaume d'Espagne, de la République hellénique,
de la République italienne, du Grand-Duché de Luxembourg,
du Royaume de Norvège, de la République portugaise
et de la République turque
relatives au Statut de leurs forces armées
lors d'un séjour temporaire en République fédérale d'Allemagne

1. L'échange de notes (annexe 1) et les déclarations relatives à l'exercice de la juridiction pénale prévues lors de l'échange des notes (annexe 2) ont été paraphés dans leurs versions allemande, anglaise et française. Les instruments et le présent procès-verbal seront soumis pour approbation aux gouvernements concernés; ils feront également foi.
2. Le statut mentionné à l'alinéa (2) du paragraphe 1 de la note est décrit dans la Convention du 19 juin 1951 entre les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces (Convention OTAN sur le Statut des Forces).
3. Les dispositions du paragraphe 2 de la note reposent sur l'article II de la Convention OTAN sur le Statut des Forces et ne portent pas atteinte aux droits ni aux obligations découlant de cette dernière.
4. Les déclarations sur la juridiction pénale ont été faites en application de l'article VII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces. Par conséquent, la juridiction pénale visée dans lesdites déclarations est définie à l'article VII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces. Lesdites déclarations sont valables pour tous les séjours auxquels est applicable l'article VII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces.
5. Les dispositions de la note n'affecteront pas les accords bilatéraux en vigueur, relatifs par exemple à l'utilisation commune de services de soins médicaux et dentaires, aux transports ferroviaires ou aux droits de survol et d'atterrissage.
6. Les références aux gouvernements dans l'échange de notes et dans les déclarations sur la juridiction pénale à faire lors de l'échange de notes constituent des références aux pays représentés par ces gouvernements.

Bonn, le 5 mai 1997

Pour la Délégation Allemande
Dr. Dieter Fleck

Pour la Délégation Danoise
Ulf M. Berthelsen

Pour la Délégation Espagnole
Dr. Santiago Chamorro

Pour la Délégation Hellénique
Nikolaos Douvas

Pour la Délégation Italienne
Faiti Salvadori

Pour la Délégation Luxembourgeoise
Marc-Henri Godefroid

Pour la Délégation Norvégienne
Jon Ramberg

Pour la Délégation Portugaise
Dr. João Manuel da Cruz da Silva Leitão

Pour la Délégation Turque
Volkan Vural

**Bekanntmachung
des deutsch-aserbaid-schanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 27. Mai 1999

Das in Baku am 21. Dezember 1998 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Aserbaid-schanischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 21. Dezember 1998

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 27. Mai 1999

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Bohnet

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Aserbaid-schanischen Republik
über Finanzielle Zusammenarbeit (Jahr 1998)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Aserbaid-schanischen Republik –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Aserbaid-schanischen Republik,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Aserbaid-schanischen Republik beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen beiden Regierungen vom 8. bis 9. Juli 1998 in Bonn –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Aserbaid-schanischen Republik oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, folgende Beiträge zu erhalten:

1. Darlehen bis zu insgesamt 40 000 000 DM (in Worten: vierzig Millionen Deutsche Mark) für die Vorhaben

- a) „Programm zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen“ bis zu 10 000 000 DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark),
- b) „Rehabilitierungsprogramm Stromübertragung“ bis zu 30 000 000 DM (in Worten: dreißig Millionen Deutsche Mark),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist;

2. einen Finanzierungsbeitrag für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Nummer 1 Buchstabe a genannten Vorhabens „Programm zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen“ bis zu 2 000 000 DM (in Worten: zwei Millionen Deutsche Mark).

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Aserbaidsschanschen Republik durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Aserbaidsschanschen Republik zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(4) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen gemäß Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 3 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Darlehen und des Finanzierungsbeitrags zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Nummern 1 bis 2 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens-/Finanzierungsverträge abgeschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des Jahres 2006.

(2) Die Regierung der Aserbaidsschanschen Republik, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

(3) Die Regierung der Aserbaidsschanschen Republik, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Aserbaidsschanschen Republik stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Aserbaidsschanschen Republik erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Aserbaidsschanschen Republik überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Unternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Aserbaidsschanschen Republik verpflichtet sich, allen Personen, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in die Aserbaidsschansche Republik reisen, nach Ankündigung einer solchen Reise durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau bei der Vertretung der Aserbaidsschanschen Republik in der Bundesrepublik Deutschland, jeweils unentgeltlich eine Einreisegenehmigung innerhalb von maximal fünf Werktagen zu erteilen.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Baku am 21. Dezember 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher, aserischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des aserischen Wortlauts ist der russische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Christian Siebeck

Für die Regierung der Aserbaidsschanschen Republik
Scharifov

**Bekanntmachung
der Vereinbarung zur Änderung
der deutsch-schweizerischen Vereinbarung
über den Austausch von Gastarbeitnehmern (Stagiaires)
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Schweizerischen Eidgenossenschaft**

Vom 15. Juni 1999

Die in Bonn durch Notenwechsel vom 20. Januar 1998/17. Mai 1999 geschlossene Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Änderung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Schweizerischen Bundesrat über den Austausch von Gastarbeitnehmern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 2. Februar 1955 (BAnz. Nr. 48 vom 10. März 1955) in der durch Notenwechsel vom 27. Januar/14. April 1994 (BGBl. II S. 779) geänderten Fassung ist nach ihrem letzten Absatz

am 17. Mai 1999

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 15. Juni 1999

Bundesministerium
für Arbeit und Sozialordnung
Im Auftrag
Buchheit

Schweizerische Botschaft

Bonn, den 20. Januar 1998

Die Schweizerische Botschaft begrüßt das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland und beehrt sich, mit Bezug auf die Vereinbarung über den Austausch von Gastarbeitnehmern (Stagiaires) zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland vom 2. Februar 1955, im Auftrag des Schweizerischen Bundesrates vorzuschlagen, die Altersgrenze für Gastarbeitnehmer von 30 auf 35 Jahre zu erhöhen und dementsprechend den Artikel 2 der Vereinbarung wie folgt zu ändern:

„Artikel 2

Als Gastarbeitnehmer können Hand- und Geistesarbeiter männlichen oder weiblichen Geschlechts beschäftigt werden. Sie sollen über eine abgeschlossene berufliche Ausbildung verfügen und in der Regel das 18. Altersjahr vollendet und das 35. Altersjahr nicht überschritten haben.“

Falls dieser Vorschlag die Zustimmung der Bundesregierung findet, hat die Botschaft die Ehre vorzuschlagen, daß die vorliegende Note und die Antwortnote des Auswärtigen Amtes eine Übereinkunft über die Änderung der genannten Vereinbarung bilden.

Die Schweizerische Botschaft benutzt auch diese Gelegenheit, das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An das
Auswärtige Amt
der Bundesrepublik Deutschland
Bonn

Auswärtiges Amt

Bonn, den 17. Mai 1999

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, den Eingang der Verbalnote Nr. 05/98 der Schweizerischen Botschaft vom 20. Januar 1998 zu bestätigen, mit der die Schweizerische Botschaft im Namen der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft mit Bezug auf die Vereinbarung über den Austausch von Gastarbeitnehmern (Stagiaires) zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland vom 2. Februar 1955 vorschlägt, die Altersgrenze für Gastarbeitnehmer von 30 auf 35 Jahre zu erhöhen und dementsprechend den Artikel 2 der Vereinbarung wie folgt zu ändern:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Schweizerischen Botschaft mitzuteilen, daß sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit dem Vorschlag der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft einverstanden erklärt. Die Verbalnote der Schweizerischen Botschaft und diese Antwortnote bilden somit eine Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen, die mit dem heutigen Datum in Kraft tritt.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Schweizerische Botschaft erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Schweizerische Botschaft
Gotenstraße 156
53175 Bonn

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 88
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Organisation der Arbeitsmarktverwaltung
Vom 17. Juni 1999

I.

Das Übereinkommen Nr. 88 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 9. Juli 1948 über die Organisation der Arbeitsmarktverwaltung (BGBl. 1954 II S. 448) ist nach seinem Artikel 16 Abs. 3 für folgende Staaten in Kraft getreten:

El Salvador	am	15. Juni 1996
Madagaskar	am	3. Juni 1999
Moldau, Republik	am	12. August 1997
Weißrußland	am	25. September 1996.

II.

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat der Internationalen Arbeitsorganisation notifiziert, daß sie sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 17. November 1991, dem Tag der Erlangung ihrer Unabhängigkeit, als durch das Übereinkommen Nr. 88 gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. September 1995 (BGBl. II S. 860).

Bonn, den 17. Juni 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Westdickenberg

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 100
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Gleichheit des Entgelts männlicher
und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit

Vom 17. Juni 1999

I.

Das Übereinkommen Nr. 100 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 29. Juni 1951 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit (BGBl. 1956 II S. 23) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 3 für die folgenden Staaten in Kraft getreten:

Bangladesch	am	28. Januar 1999
Botsuana	am	5. Juni 1998
Estland	am	10. Mai 1997
Korea, Republik	am	8. Dezember 1998
Lesotho	am	27. Januar 1999
Malaysia	am	9. September 1998
Trinidad und Tobago	am	29. Mai 1998
Turkmenistan	am	15. Mai 1998
Vereinigte Arabische Emirate	am	24. Februar 1998
Vietnam	am	7. Oktober 1998.

II.

Australien hat der Internationalen Arbeitsorganisation am 8. Februar 1996 die am gleichen Tag wirksam gewordene Erstreckung des Übereinkommens Nr. 100 auf die Norfolkinsel notifiziert.

Georgien hat der Internationalen Arbeitsorganisation am 22. Juni 1993, dem Tag seiner Aufnahme in die Internationale Arbeitsorganisation, die Weiteranwendung des Übereinkommens Nr. 100 notifiziert.

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat der Internationalen Arbeitsorganisation notifiziert, daß sie sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 17. November 1991, dem Tag der Erlangung ihrer Unabhängigkeit, als durch das Übereinkommen Nr. 100 gebunden betrachtet.

Usbekistan hat der Internationalen Arbeitsorganisation am 13. Juli 1992, dem Tag seiner Aufnahme in die Internationale Arbeitsorganisation, die Weiteranwendung des Übereinkommens Nr. 100 notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. März 1996 (BGBl. II S. 394).

Bonn, den 17. Juni 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Westdickenberg

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 102
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Mindestnormen der Sozialen Sicherheit

Vom 18. Juni 1999

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat der Internationalen Arbeitsorganisation notifiziert, daß sie sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 17. November 1991, dem Tag der Erlangung ihrer Unabhängigkeit, als durch das Übereinkommen Nr. 102 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 28. Juni 1952 über die Mindestnormen der Sozialen Sicherheit (BGBl. 1957 II S. 1321) hinsichtlich der Teile II bis VI, VIII und X gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Juli 1995 (BGBl. II S. 683).

Bonn, den 18. Juni 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Westdickenberg

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 113
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die ärztliche Untersuchung der Fischer

Vom 18. Juni 1999

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat der Internationalen Arbeitsorganisation notifiziert, daß sie sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 17. November 1991, dem Tag der Erlangung ihrer Unabhängigkeit, als durch das Übereinkommen Nr. 113 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 19. Juni 1959 über die ärztliche Untersuchung der Fischer (BGBl. 1976 II S. 1232) gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Januar 1995 (BGBl. II S. 112).

Bonn, den 18. Juni 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Rettung und Rückführung von Raumfahrern
sowie die Rückgabe von in den Weltraum gestarteten Gegenständen**

Vom 18. Juni 1999

Das Übereinkommen vom 22. April 1968 über die Rettung und Rückführung von Raumfahrern sowie die Rückgabe von in den Weltraum gestarteten Gegenständen (BGBl. 1971 II S. 237) ist nach seinem Artikel 7 Abs. 4 für

Indonesien am 11. März 1999
in Kraft getreten.

Indonesien hat seine Ratifikationsurkunde am 11. März 1999 in Moskau hinterlegt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. Mai 1999 (BGBl. II S. 432).

Bonn, den 18. Juni 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens
zum Schutz von Pflanzenzüchtungen**

Vom 18. Juni 1999

Das Internationale Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen in der Fassung vom 23. Oktober 1978 (BGBl. 1984 II S. 809) ist nach seinem Artikel 33 Abs. 2 für

Bolivien am 21. Mai 1999
Brasilien am 23. Mai 1999
Kenia am 13. Mai 1999
Panama am 23. Mai 1999
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Mai 1999 (BGBl. II S. 429).

Bonn, den 18. Juni 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Westdickenberg

**Bekanntmachung
der Ergänzungsprotokolle zum
deutsch-ukrainischen Protokoll vom 21. August 1996
über die Zusammenarbeit bei der Eliminierung unterirdischer Raketenstartsilos
Vom 21. Juni 1999**

Das in Kiew am 27. Mai 1997 unterzeichnete Ergänzungsprotokoll zum Protokoll vom 21. August 1996 zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsministerium der Ukraine über die Zusammenarbeit bei der Eliminierung unterirdischer Raketenstartsilos (BGBl. 1999 II S. 443) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 2

am 27. Mai 1997

in Kraft getreten.

Das in Bonn am 16. September 1998 unterzeichnete Ergänzungsprotokoll zum Protokoll vom 21. August 1996 zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsministerium der Ukraine über die Zusammenarbeit bei der Eliminierung unterirdischer Raketenstartsilos (BGBl. 1999 II S. 443) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 2

am 16. September 1998

in Kraft getreten. Die beiden Ergänzungsprotokolle werden nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 21. Juni 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Ergänzungsprotokoll
zum Protokoll vom 21. August 1996
zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland
und dem Verteidigungsministerium der Ukraine
über die Zusammenarbeit bei der Eliminierung unterirdischer Raketenstartsilos**

Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland
und
das Verteidigungsministerium der Ukraine –

auf der Grundlage des Abkommens vom 10. Juni 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ukraine über Zusammenarbeit bei der Lösung von Problemen der Eliminierung von Nuklearwaffen,

des Protokolls vom 21. August 1996 zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsministerium der Ukraine über die Zusammenarbeit bei der Eliminierung von Raketenstartsilos, im folgenden Protokoll genannt,

in dem Wunsch, bei der Eliminierung von Startsilos für interkontinentale ballistische Raketen (im folgenden Startsilos genannt), zusammenzuarbeiten –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Zusammenarbeit zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsministerium der Ukraine im Bereich der Eliminierung von Startsilos wird 1997 und 1999 fortgesetzt. Es ist die Eliminierung von 12 Startsilos, die sich in unmittelbarer Nähe von Ortschaften befinden, mit Hilfe der 1995 von den Firmen ALBA INDUSTRIES GmbH, Deutschland, und der AG „United Engineering Company“, Ukraine,

gemeinsam erarbeiteten ukrainisch-deutschen Technologie vorgesehen. Es ist beabsichtigt, 1997 insgesamt sieben, 1998 fünf Startsilos zu zerstören. Zu diesem Zweck vereinbaren die Vertragsparteien die in Artikel 4 und 5 dieses Ergänzungsprotokolls bezeichnete Liste der Arbeiten, deren Ausführung 1997 und 1998 geplant ist sowie die Liste der Arbeiten, deren Ausführung 1997 bis 1999 geplant ist, sowie die Liste der Ausrüstungen und materiell-technischen Mittel, deren Lieferung in die Ukraine im Rahmen der Realisierung dieses Ergänzungsprotokolls notwendig sind. Die Eliminierung der Startsilos muß gemäß den Bestimmungen des Vertrags vom 31. Juli 1991 über die Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen (START-Vertrag) erfolgen.

(2) Für die Eliminierung von 12 Startsilos 1997 bis 1999 sagt die deutsche Seite Mittel in Höhe von 6 923 000 DM (in Worten: sechs Millionen neunhundertdreiundzwanzig Tausend Deutsche Mark) zu. Diese Mittel werden eingesetzt für Kauf und Lieferung von Ausrüstung und materiell-technischen Mitteln, Finanzierung der Arbeiten sowie für Dienstleistungen, die für den erfolgreichen Abschluß der Eliminierung der Startsilos erforderlich sind.

(3) Die Gesamtkosten für den Kauf und die Lieferung von Ausrüstungsgegenständen und Dienstleistungen, die nach diesem Ergänzungsprotokoll von der deutschen Seite übernommen werden, können nicht den für 1997 bis 1999 im Haushalt der Bundesrepublik Deutschland für die nukleare Abrüstungshilfe an die Ukraine bestimmten Betrag übersteigen.

Artikel 2

(1) Ausrüstungsgegenstände und materiell-technische Mittel, die von der deutschen Seite im Rahmen der Umsetzung dieses Ergänzungsprotokolls sowie früherer Vereinbarungen zur Durchführung des Projekts „Zerstörung von Raketenstartsilos“ geliefert wurden, gehen nach erfolgreichem Abschluß dieser Arbeiten und nach vollständiger Erfüllung dieses Ergänzungsprotokolls in die Verfügung der ukrainischen Seite über.

(2) Die ukrainische Seite verpflichtet sich, von der deutschen Seite gewährte Ausrüstungen und materiell-technische Mittel sowie Dienstleistungen ausschließlich für den in Artikel 1 Absatz 1 bezeichneten Zweck zu verwenden, es sei denn, beide Seiten treffen keine andere Vereinbarung.

(3) Die ukrainische Seite stellt sicher, daß vor Beginn der Arbeiten 1997 die sieben und 1998 die fünf zur Eliminierung vorgesehenen Startsilos bereit sind, und gewährleistet den Zugang des Personals der Firma ALBA INDUSTRIES GmbH, welches zur Erfüllung des Protokolls vom 21. August 1996 und dieses Ergänzungsprotokolls in der Ukraine eingesetzt ist, zu diesen Startsilos. Die Bereitschaft zum Beginn der Liquidationsarbeiten wird seitens des Verteidigungsministeriums der Ukraine dem deutschen Generalauftragnehmer schriftlich mitgeteilt.

(4) Die ukrainische Seite wirkt darauf hin, daß Frachten, die von der deutschen Seite zum Zweck der Sicherstellung des Eliminierungsprozesses in die Ukraine kommen, im Rahmen der geltenden Gesetze der Ukraine auch weiterhin zollbegünstigt behandelt werden.

(5) Die Seiten führen verbindliche Beratungen über die Abstimmung der mit der Umsetzung dieser Ergänzung zusammenhängenden Tätigkeit durch.

(6) Das Verteidigungsministerium der Ukraine stellt die rechtzeitige und reibungslose Bearbeitung der Unterlagen, die für die Erteilung der Visa notwendig sind für das Personal der Firma ALBA INDUSTRIES GmbH in der Ukraine sicher.

Artikel 3

(1) Gemäß Artikel 3 des Protokolls vom 21. August 1996 zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsministerium der Ukraine über die Zusammenarbeit bei der Eliminierung von Raketenstartsilos wird als Durchführungsorgan von der ukrainischen Seite die Verwaltung der 43. Raketenarmee benannt;

als Durchführungsorgan von der deutschen Seite wird die Firma „ALBA INDUSTRIES GmbH, (Hinter den Kirschkatzen 32, 23560 Lübeck), benannt, die die Pflichten eines integrierenden Generalauftragnehmers bei der Erfüllung des Protokolls sowie dieses Ergänzungsprotokolls übernimmt.

(2) Gemäß Artikel 4 des Protokolls vom 21. August 1996 zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsministerium der Ukraine über die Zusammenarbeit bei der Eliminierung unterirdischer Raketenstartsilos wählt der integrierende Generalauftragnehmer einen ukrainischen Unterauftragnehmer aus der durch das Verteidigungsministerium der Ukraine übergebenen Aufstellung der ukrainischen Subunternehmen, die kompetent für die Erfüllung der Liquidationsarbeiten sind, aus.

Artikel 4

(1) Zum Zwecke der Umsetzung dieser Ergänzung führt der integrierende Generalauftragnehmer gemeinsam mit dem ukrainischen Unterauftragnehmer bis spätestens 1. Mai 1999 (wenn nicht zusätzlich ein anderer Termin vereinbart wird) folgende Arbeiten gemäß der in diesem Artikel aufgeführten Liste der Arbeiten durch:

- a) Planung und Organisation der Eliminierungsarbeiten;
- b) Kauf und Lieferung der notwendigen Ausrüstungsgegenstände und materiell-technischen Mittel gemäß Artikel 5 dieses Ergänzenden Protokolls in die Ukraine;
- c) Durchführung von Maßnahmen zur Versorgung der Arbeiten mit Strom, Wasser, Brenn- und Schmierstoffen et cetera;
- d) Montage und Inbetriebnahme des für die Durchführung der Arbeiten erforderlichen Ausrüstungssatzes;
- e) Management des gesamten Projektes;
- f) Vorbereitung der Demontage und Demontage der mechanischen Ausrüstung der zwölf Startsilos;
- g) Eliminierung der Schutzvorrichtungen der 12 Startsilos 1997 bis 1999 mit Extraktion von 80 % des Paraffins;
- h) Eliminierung der 12 Startsilos – drei davon auf dem Stützpunkt für interkontinentale ballistische Raketen in Pervomaisk und neun auf dem Stützpunkt für interkontinentale ballistische Raketen in Chmelnyzky – unter Verwendung der gemeinsam erarbeiteten Technologie. Dabei darf das Gewicht eines einzelnen entfernten Metallschrotstückes 10 Tonnen nicht übersteigen;
- i) Demontage der Ausrüstung und Eliminierung der Infrastruktur in jedem Startsilo (2 Wachgebäude, Gebäude des Umspannwerks, automatisiertes Bewachungssystem, Löscheservoir, Ständer der Universalschalttafel, Antenne);
- j) Liquidierung der Infrastruktur der Raketenstartstellung entsprechend den technischen Forderungen, Lagerung der Schuttreste und Vorbereitung zum Einfüllen in das Startsilo;
- k) Liquidierung des Startsilos auf eine Tiefe von 6 Metern, Errichtung einer Absperrung aus fünf Lagen Stacheldraht; Erhalt der inneren Drahtabspernung um das Gelände der Raketenstartstellung;
- l) Vorbereitung des Berichts über die durchgeführten Arbeiten und der tatsächlichen Kosten.

(2) Der Abschluß der Arbeiten an jeder Startsiloposition wird durch ein Protokoll mit Unterschrift der bevollmächtigten Vertreter der Durchführungsorgane der Seiten unter Angabe des tatsächlichen Umfangs der geleisteten Arbeiten und der Kosten für deren Durchführung bestätigt.

(3) Die Abrechnung für die geleisteten Arbeiten an jeder Startsiloposition nimmt die deutsche Seite etappenweise auf Antrag der Durchführungsorgane spätestens 60 Tage nach Antragstellung vor.

Artikel 5

(1) Zur Umsetzung dieses Ergänzungsprotokolls beschafft und liefert die deutsche Seite 1997 folgende Ausrüstungsgegenstände gemäß der in diesem Artikel aufgeführten Liste der Ausrüstungen:

- a) 2 Manipulatoren für die Wasserstrahlschneidanlage;
- b) 100 Tonnen Abrasivschleifmittel;
- c) 1 Personenkraftfahrzeug des Typs „Jeep“ zur Sicherstellung der operativen Leitung der Arbeiten bei der Eliminierung der Raketensilos;
- d) 2 Wasserpumpen zur Sicherstellung der Arbeit der Wasserstrahlschneidanlage;
- e) Ersatzteile, Werkzeuge, Verbrauchs- und Verschleißmaterialien, Betriebsstoffe und Schläuche für die Sicherstellung der Arbeiten gemäß der in Artikel 4 dieser Ergänzung bezeichneten Liste.

(2) Im Rahmen der im Haushalt der Bundesrepublik Deutschland für die Zusammenarbeit mit der Ukraine im Bereich der nuklearen Abrüstung für 1997 bis 1999 ausgewiesenen Summen kann die deutsche Seite, wenn nötig, weitere für die Durchführung der Arbeiten gemäß dieser Ergänzung notwendige Ausrüstungen und Material liefern.

Artikel 6

(1) Dieses Ergänzungsprotokoll ist untrennbarer Bestandteil des Protokolls vom 21. August 1996 zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsministerium der Ukraine über die Zusammenarbeit bei der Eliminierung unterirdischer Raketensilos, sie sind als ein Protokoll (Dokument) auszulegen und anzuwenden.

(2) Dieses Ergänzungsprotokoll tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Kiew am 27. Mai 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und ukrainischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland
Eberhard Heyken

Für das Verteidigungsministerium der Ukraine
Buschujew

**Ergänzungsprotokoll
zum Protokoll vom 21. August 1996
zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland
und dem Verteidigungsministerium der Ukraine
über die Zusammenarbeit bei der Eliminierung unterirdischer Raketenstartsilos**

Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland

und

das Verteidigungsministerium der Ukraine –

auf der Grundlage des Abkommens vom 10. Juni 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ukraine über Zusammenarbeit bei der Lösung von Problemen der Eliminierung von Nuklearwaffen, im folgenden Abkommen genannt,

auf der Grundlage des Protokolls vom 21. August 1996 zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsministerium der Ukraine über die Zusammenarbeit bei der Eliminierung unterirdischer Raketenstartsilos, im folgenden Ergänzungsprotokoll genannt,

in dem Wunsch, bei der Eliminierung von Startsilos für interkontinentale ballistische Raketen, (im folgenden Startsilos genannt), zusammenzuarbeiten –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Zusammenarbeit zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsministerium der Ukraine im Bereich der Eliminierung von Startsilos wird 1999 bis 2001 fortgesetzt. Sie hat die Eliminierung von neun Startsilos zum Ziel (Nr. 15, 25, 65, 69, 81, 89, 94, 96, 210), die sich in unmittelbarer Nähe von Ortschaften befinden. Hierbei soll die von den Firmen ALBA INDUSTRIES GmbH Deutschland und der AG „United Engineering Company“ Ukraine, gemeinsam erarbeitete deutsch-ukrainische Technologie eingesetzt werden. Es ist beabsichtigt, 1999 insgesamt drei, 2000 insgesamt drei und 2001 insgesamt drei Startsilos zu zerstören. Zu diesem Zweck vereinbaren die Vertragsparteien die in den Artikeln 4 und 5 dieses Ergänzungsprotokolls bezeichnete Liste der Arbeiten, deren Ausführung 1999 bis 2001 geplant ist, sowie die Liste der Ausrüstungen und materiell-technischen Mittel, deren Lieferung in die Ukraine im Rahmen der Realisierung dieses Ergänzungsprotokolls notwendig sind. Die Eliminierung der Startsilos muß gemäß den Bestimmungen des Vertrags vom 31. Juli 1991 über die Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen (START-Vertrag) erfolgen.

(2) Für die Eliminierung der 9 Startsilos 1999 bis 2001 sagt die deutsche Seite Mittel in Höhe von bis zu 6 900 000 DM (in Worten: sechs Millionen neunhunderttausend Deutsche Mark) zu, unter dem Vorbehalt, daß entsprechende Haushaltsmittel in den jeweiligen Jahren zur Verfügung stehen. Diese Mittel werden eingesetzt für Kauf und Lieferung von Ausrüstung und materiell-technischen Mitteln, Finanzierung der Arbeiten sowie für Dienstleistungen, die für den erfolgreichen Abschluß der Eliminierung der Startsilos erforderlich sind.

(3) Die Gesamtkosten für den Kauf und die Lieferung von Ausrüstungsgegenständen und Dienstleistungen, die nach diesem Ergänzungsprotokoll von der deutschen Seite übernommen werden, können nicht den für 1999 bis 2001 im Haushalt der Bundesrepublik Deutschland für die nukleare Abrüstungszusammenarbeit mit der Ukraine bestimmten Betrag übersteigen.

Artikel 2

(1) Ausrüstungsgegenstände und materiell-technische Mittel, die von der deutschen Seite im Rahmen der Umsetzung dieses Ergänzungsprotokolls sowie früherer Vereinbarungen zur Durchführung des Projekts „Zerstörung von Raketenstartsilos“ geliefert wurden, gehen nach erfolgreichem Abschluß aller Arbeiten und nach vollständiger Erfüllung dieses Ergänzungsprotokolls in die Verfügung der ukrainischen Seite über.

(2) Die ukrainische Seite verpflichtet sich, von der deutschen Seite gewährte Ausrüstungen und materiell-technische Mittel sowie Dienstleistungen ausschließlich für den in Artikel 1 Absatz 1 bezeichneten Zweck zu verwenden, es sei denn, beide Seiten treffen eine andere Vereinbarung.

(3) Die ukrainische Seite stellt sicher, daß vor Beginn der Arbeiten 1999 die drei, 2000 die drei und 2001 die drei zur Eliminierung vorgesehenen Startsilos bereit sind, und gewährleistet den Zugang des Personals der Firma ALBA INDUSTRIES GmbH, welches zur Erfüllung des Protokolls vom 21. August 1996 und dieses Ergänzungsprotokolls in der Ukraine eingesetzt ist, zu diesen Startsilos. Die Bereitschaft zum Beginn der Eliminierungsarbeiten wird seitens des Verteidigungsministeriums der Ukraine dem deutschen Generalauftragnehmer schriftlich mitgeteilt.

(4) Die ukrainische Seite wirkt darauf hin, daß Frachten, die von der deutschen Seite zum Zweck der Sicherstellung des Eliminierungsprozesses in die Ukraine kommen, im Rahmen der geltenden Gesetze der Ukraine auch weiterhin zollbegünstigt behandelt werden.

(5) Die Seiten führen verbindliche Beratungen über die Abstimmung der mit der Umsetzung dieses Ergänzungsprotokolls zusammenhängenden Tätigkeiten durch.

(6) Das Verteidigungsministerium der Ukraine stellt die rechtzeitige und reibungslose Visaerteilung für das Personal der Firma ALBA INDUSTRIES GmbH in der Ukraine sicher.

Artikel 3

(1) Gemäß Artikel 3 des Protokolls vom 21. August 1996 zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsministerium der Ukraine über die Zusammenarbeit bei der Eliminierung von Raketenstartsilos wird als Durchführungsorgan von der ukrainischen Seite die Verwaltung der 43. Raketenarmee benannt;

als Durchführungsorgan der deutschen Seite wird die Firma „ALBA INDUSTRIES GmbH“, (Hinter den Kirschkaten 32, 23560 Lübeck), benannt, die die Pflichten eines integrierenden Generalauftragnehmers bei der Erfüllung des Protokolls vom 21. August 1996 sowie dieses Ergänzungsprotokolls übernimmt.

(2) Gemäß Artikel 4 des Protokolls vom 21. August 1996 zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsministerium der Ukraine über die Zusammenarbeit bei der Eliminierung unterirdischer Raketenstartsilos wählt der integrierende Generalauftragnehmer einen ukrainischen Unterauftragnehmer aus der durch das Verteidigungsministerium der Ukraine übergebenen Aufstellung der ukrainischen Subunternehmen, die kompetent für die Erfüllung der Eliminierung sind, aus.

Artikel 4

(1) Zum Zwecke der Umsetzung dieses Ergänzungsprotokolls führt der integrierende Generalauftragnehmer gemeinsam mit dem ukrainischen Unterauftragnehmer bis spätestens 31. Dezember 2001 (wenn nicht zusätzlich ein anderer Termin vereinbart wird) folgende Arbeiten gemäß der in diesem Artikel aufgeführten Liste der Arbeiten durch:

- a) Planung und Organisation der Eliminierungsarbeiten;
- b) Kauf und Lieferung der notwendigen Ausrüstungsgegenstände und materiell-technischen Mittel gemäß Artikel 5 dieses Ergänzungsprotokolls in die Ukraine;
- c) Durchführung von Maßnahmen zur Versorgung der Arbeiten mit Strom, Wasser, Brenn- und Schmierstoffen et cetera;
- d) Montage und Inbetriebnahme des für die Durchführung der Arbeiten erforderlichen Ausrüstungssatzes;
- e) Management des gesamten Projektes;
- f) Vorbereitung der Demontage und Demontage der mechanischen Ausrüstung der neun Startsilos;
- g) Eliminierung der Schutzvorrichtungen von insgesamt 9 Startsilos 1999 bis 2001 mit Extraktion von 80 % des Paraffins;
- h) Eliminierung der 9 Startsilos – neun auf dem Stützpunkt für interkontinentale ballistische Raketen in Pervomaisk – unter Verwendung der gemeinsam erarbeiteten Technologie. Dabei darf das Gewicht eines einzelnen entfernten Metallschrotstückes 10 Tonnen nicht übersteigen;
- i) Demontage der Ausrüstung und Eliminierung der Infrastruktur in jedem Startsilos (2 Wachgebäude mit der Nummer 13 und 13R, 1 Transformatorstation Nr. 41, 1 automatisiertes System der Gefechtsstellungsbewachung bestehend aus 5 Drahthindernissen, 1 Feuerlöschzisterne, 1 Kühlzentrum des Schachtes, 1 Verteilerschrank des unifizierten Verteilerzentrums, 1 Antenne);
- j) Liquidierung der Infrastruktur der Raketenstartstellung entsprechend den technischen Forderungen, Lagerung der Schuttreste und Vorbereitung zum Einfüllen in das Startsilos;
- k) Liquidierung des Startsilos auf eine Tiefe von 6 Metern, Errichtung einer Absperrung aus fünf Lagen Stacheldraht; Erhalt der inneren Drahtabspernung um das Gelände der Raketenstartstellung;
- l) Vorbereitung des Berichts über die durchgeführten Arbeiten und der tatsächlichen Kosten.

(2) Der Abschluß der Arbeiten an jeder Startsiloposition wird durch ein Protokoll mit Unterschrift der bevollmächtigten Vertre-

ter der Durchführungsorgane beider Seiten unter Angabe des tatsächlichen Umfangs der geleisteten Arbeiten und der Kosten für deren Durchführung bestätigt.

(3) Die Abrechnung für die geleisteten Arbeiten an jeder Startsiloposition nimmt die deutsche Seite etappenweise auf Antrag der Durchführungsorgane spätestens 60 Tage nach Antragstellung vor.

Artikel 5

(1) Zur Umsetzung dieses Ergänzungsprotokolls beschafft und liefert die deutsche Seite 1999 bis 2001 folgende Ausrüstungsgegenstände gemäß der in diesem Artikel aufgeführten Liste der Ausrüstungen:

- | | |
|---|------------|
| a) Wasserstrahlschneidanlage komplett mit Hochdruckwasserpumpe, Dieselantrieb und Mischeinheit | 1 Stck. |
| b) Abrasivschleifmittel | 130 Tonnen |
| c) Funkgeräte (für Entfernungen bis 6 km) | 8 Stck. |
| d) Sirenen | 2 Stck. |
| e) Gasschneideausrüstung komplett | 2 Stck. |
| f) Fahrbare Feuerlöschgeräte | 2 Stck. |
| g) Benzinwasserpumpen | 2 Stck. |
| h) Handtelefone | 6 Stck. |
| i) Schanzgerät | |
| j) Arbeitsschutzkleidung | |
| k) Ersatzteile, Werkzeuge, Verbrauchs- und Verschleißmaterialien, Betriebsstoffe und Schläuche für die Sicherstellung der Arbeiten. | |

(2) Im Rahmen der im Haushalt der Bundesrepublik Deutschland für die Zusammenarbeit mit der Ukraine im Bereich der nuklearen Abrüstung für 1999 bis 2001 ausgewiesenen Mittel kann die deutsche Seite weitere für die Durchführung der Arbeiten gemäß dieses Ergänzungsprotokolls notwendige Ausrüstungen und Material liefern.

Artikel 6

(1) Dieses Ergänzungsprotokoll ist untrennbarer Bestandteil des Protokolls vom 21. August 1996 zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsministerium der Ukraine über die Zusammenarbeit bei der Eliminierung unterirdischer Raketenstartsilos, sie sind als ein Protokoll auszulegen und anzuwenden.

(2) Dieses Ergänzungsprotokoll tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bonn am 16. September 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und ukrainischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland
Jürgen Pöhlmann

Für das Verteidigungsministerium der Ukraine
Wladimir Michtjuk

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über den internationalen Handel
mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen**

Vom 22. Juni 1999

Das Übereinkommen vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen in der Fassung der Änderung vom 22. Juni 1979 (BGBl. 1975 II S. 773; 1995 II S. 771) ist nach seinem Artikel XXII Abs. 2 für

Mauretanien am 11. Juni 1998
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. Mai 1999 (BGBl. II S. 433).

Bonn, den 22. Juni 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an das Unternehmen „Resource Consultants, Inc.“
sowie des Außerkrafttretens der Vorgängervereinbarung**

Vom 22. Juni 1999

Nach Artikel 72 Abs. 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183; 1973 II S. 1021; 1982 II S. 530; 1994 II S. 2594) ist in Bonn durch Notenwechsel vom 30. März 1999 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Resource Consultants, Inc.“ geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkraftretensklausel

am 30. März 1999

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Gemäß dieser Vereinbarung tritt gleichzeitig die Vereinbarung vom 24. September 1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Resource Consultants, Inc.“ (BGBl. 1999 II S. 38) außer Kraft.

Bonn, den 22. Juni 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Auswärtiges Amt

Bonn, den 30. März 1999

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, den Eingang der Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 006 vom 30. März 1999 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erlaubt sich, dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland ihre Hochachtung auszusprechen und hat die Ehre, unter Bezug auf den Notenwechsel vom 27. März 1998 betreffend die Tätigkeit von mit der Truppenbetreuung beauftragten Unternehmen, folgendes mitzuteilen:

Um die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts mit Dienstleistungen auf den Gebieten des Sozial- und Gesundheitswesens und der Laufbahnberatung versorgen zu können, ist die Regierung der Vereinigten Staaten im Begriff, mit dem Unternehmen „Resource Consultants, Inc.“ einen Vertrag über die Erbringung von Dienstleistungen zur Truppenbetreuung für aus dem Dienst ausscheidende Mitglieder der Streitkräfte der Vereinigten Staaten zu schließen (Vertragsnummer: DASW 01-98-D-0070). Dieser Vertrag ersetzt den Vertrag Nr. MDA 903-91-C-0179 mit demselben Unternehmen, dem durch die Vereinbarung vom 24. September 1998 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Befreiungen und Vergünstigungen gemäß Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt worden sind.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn das Unternehmen „Resource Consultants, Inc.“ zur Erleichterung seiner Tätigkeit auch im Rahmen des neuen Vertrags Befreiungen und Vergünstigungen gemäß Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut erhalten könnte und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Das Unternehmen „Resource Consultants, Inc.“ wird im Rahmen seines Vertrags zur Truppenbetreuung für die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts ausschließlich folgende Dienstleistungen erbringen:

Informationsveranstaltungen zur Vorbereitung auf die Pensionierung oder das Ausscheiden aus dem Dienst und Seminare zur Planung der Arbeitsplatzsuche für ausscheidende Mitglieder der Truppe, ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider. Dieser Vertrag umfaßt die folgenden Berufe: Militärische Laufbahnberater.

Unter Bezug auf den Notenwechsel vom 27. März 1998 betreffend die Tätigkeit von mit der Truppenbetreuung beauftragten Unternehmen und nach Maßgabe der darin vereinbarten Rahmenbedingungen, insbesondere auch der Nummer 3 des Notenwechsels, werden diesem Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen gemäß Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.

2. Das Unternehmen „Resource Consultants, Inc.“ wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die Mitglieder der hier stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges und die Angehörigen beider tätig. Artikel 72 Absatz 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut findet keine Anwendung.
3. Nach Maßgabe der in Nummer 5 des Notenwechsels vom 27. März 1998 vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Einschränkungen des Artikels 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern des oben genannten Unternehmens, deren Berufe oben unter Nummer 1 aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für dieses Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, daß die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.
4. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen des Notenwechsels vom 27. März 1998.
5. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
6. Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, wenn der Vertrag Nr. DASW 01-98-D-0070 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen „Resource Consultants, Inc.“ über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen endet. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung des Vertrags unverzüglich mit.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter Nummer 1 bis 6 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bun-

desrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amtes eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Sinne des Artikels 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die mit dem Datum der Antwortnote in Kraft tritt. Gleichzeitig tritt die Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 24. September 1998 über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Resource Consultants, Inc.“ außer Kraft.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlaß, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, daß sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 006 vom 30. März 1999 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 30. März 1999 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Gleichzeitig tritt die Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 24. September 1998 über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Resource Consultants, Inc.“ außer Kraft.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
Bonn

**Bekanntmachung
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an das Unternehmen „The Chesapeake Center, Inc.“**

Vom 22. Juni 1999

Nach Artikel 72 Abs. 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183; 1973 II S. 1021; 1982 II S. 530; 1994 II S. 2594) ist in Bonn durch Notenwechsel vom 31. März 1999, geändert durch Vereinbarung vom 18. Mai 1999, eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „The Chesapeake Center, Inc.“ geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkraftretensklausel

am 31. März 1999

in Kraft getreten; die beiden deutschen Antwortnoten werden nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 22. Juni 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Auswärtiges Amt

Bonn, den 31. März 1999

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, den Eingang der Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 168 vom 31. März 1999 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erlaubt sich, dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland ihre Hochachtung auszusprechen und hat die Ehre, unter Bezug auf den Notenwechsel vom 27. März 1998 betreffend die Tätigkeit von mit der Truppenbetreuung beauftragten Unternehmen folgendes mitzuteilen:

Um die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts mit Dienstleistungen auf den Gebieten des Sozial- und Gesundheitswesens und der Laufbahnberatung versorgen zu können, ist die Regierung der Vereinigten Staaten im Begriff, mit dem Unternehmen „The Chesapeake Center, Inc.“ einen Vertrag über die Erbringung von Dienstleistungen zur Truppenbetreuung für Personen, die von Mißbrauch und häuslicher Gewalt betroffen sind, für die Streitkräfte der Vereinigten Staaten zu schließen (Vertragsnummer DADA 10-95-D-0028).

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn das Unternehmen „The Chesapeake Center, Inc.“ zur Erleichterung seiner Tätigkeit im Rahmen dieses Vertrags Befreiungen und Vergünstigungen gemäß Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut erhalten könnte und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Das Unternehmen „The Chesapeake Center, Inc.“ wird im Rahmen seines Vertrags zur Truppenbetreuung für die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts ausschließlich folgende Dienstleistungen erbringen:

Klinische Untersuchung und Behandlung von Personen, die von Mißbrauch und häuslicher Gewalt betroffen sind. Dieser Vertrag umfaßt die folgenden Berufe: Sozialarbeiter, Familienberater, Kinderpsychologen.

Unter Bezug auf den Notenwechsel vom 27. März 1998 betreffend die Tätigkeit von mit der Truppenbetreuung beauftragten Unternehmen und nach Maßgabe der darin vereinbarten Rahmenbedingungen, insbesondere auch der Nummer 3 des Notenwechsels, werden diesem Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen gemäß Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.

2. Das Unternehmen „The Chesapeake Center, Inc.“ wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die Mitglieder der hier stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges und die Angehörigen beider tätig. Artikel 72 Absatz 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut findet keine Anwendung.
3. Nach Maßgabe der in Nummer 5 des Notenwechsels vom 27. März 1998 vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Einschränkungen des Artikels 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern des oben genannten Unternehmens, deren Berufe oben unter Nummer 1 aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für dieses Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, daß die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.
4. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen des Notenwechsels vom 27. März 1998.
5. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
6. Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, wenn der Vertrag Nr. DADA 10-95-D-0028 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen „The Chesapeake Center, Inc.“ über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen endet. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung des Vertrags unverzüglich mit.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter Nummer 1 bis 6 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amts eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Sinne des Artikels 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die mit dem Datum der Antwortnote in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlaß, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, daß sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 168 vom 31. März 1999 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 31. März 1999 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
Bonn

Auswärtiges Amt

Bonn, den 18. Mai 1999

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, den Eingang der Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 211 vom 18. Mai 1999 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erlaubt sich, dem Auswärtigen Amt ihre Hochachtung auszusprechen und hat die Ehre, unter Bezug auf die durch Notenwechsel vom 31. März 1999 geschlossene Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „The Chesapeake Center, Inc.“ im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Änderungsvereinbarung vorzuschlagen:

1. In Nummer 1 zweiter Textabsatz Satz 2 der Vereinbarung vom 31. März 1999 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „The Chesapeake Center, Inc.“ werden nach dem Wort „Kinderpsychologen“ die Worte „und examinierte Krankenschwestern“ eingefügt. Der geänderte Satz lautet dann wie folgt: „Dieser Vertrag umfaßt folgende Berufe: Sozialarbeiter, Familienberater, Kinderpsychologen und examinierte Krankenschwestern.“
2. Diese Änderung soll als mit rückwirkender Rechtswirkung ab 31. März 1999 vereinbart gelten.
3. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter Nummer 1 bis 3 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amtes eine Änderungsvereinbarung zur eingangs genannten Vereinbarung vom 31. März 1999 bilden, deren rückwirkende Rechtswirkung mit 31. März 1999 festgelegt ist.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlaß, daß Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, daß sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 211 vom 18. Mai 1999 und diese Antwortnote eine Änderungsvereinbarung zur eingangs genannten Vereinbarung vom 31. März 1999 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, deren rückwirkende Rechtswirkung zum 31. März 1999 festgelegt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
Bonn

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 111
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf**

Vom 22. Juni 1999

I.

Das Übereinkommen Nr. 111 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 25. Juni 1958 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (BGBl. 1961 II S. 97) ist nach seinem Artikel 8 Abs. 3 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Albanien	am	27. Februar 1998
Botsuana	am	5. Juni 1998
El Salvador	am	15. Juni 1996
Lesotho	am	27. Januar 1999
Moldau, Republik	am	12. August 1997
Südafrika	am	5. März 1998
Turkmenistan	am	15. Mai 1998.

II.

Georgien hat der Internationalen Arbeitsorganisation am 22. Juni 1993, dem Tag seiner Aufnahme in die Internationale Arbeitsorganisation, die Weiteranwendung des Übereinkommens Nr. 111 notifiziert.

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat der Internationalen Arbeitsorganisation notifiziert, daß sie sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 17. November 1991, dem Tag der Erlangung ihrer Unabhängigkeit, als durch das Übereinkommen Nr. 111 gebunden betrachtet.

Usbekistan hat der Internationalen Arbeitsorganisation am 13. Juli 1992, dem Tag seiner Aufnahme in die Internationale Arbeitsorganisation, die Weiteranwendung des Übereinkommens Nr. 111 notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. August 1995 (BGBl. II S. 727).

Bonn, den 22. Juni 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (02 28) 3 82 08 - 0, Telefax: (02 28) 3 82 08 - 36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1998 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 10,40 DM (8,40 DM zuzüglich 2,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 11,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung

Vom 22. Juni 1999

Deutschland hat dem Verwahrer des Haager Übereinkommens vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (BGBl. 1990 II S. 206, 207) am 10. Mai 1999 nach Artikel 6 Abs. 1 folgende geänderte Anschrift seiner zentralen Behörde notifiziert, die ab dem 9. August 1999 gültig ist (vgl. die Bekanntmachung vom 16. Januar 1998, BGBl. II S. 317):

„Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
Heinemannstraße 6
53175 Bonn“.

Spanien hat dem Verwahrer des Übereinkommens am 12. März 1999 nach Artikel 6 Abs. 1 folgende geänderte Bezeichnung und Anschrift seiner zentralen Behörde notifiziert (vgl. die Bekanntmachung vom 22. Mai 1995, BGBl. II S. 485):

„Secretaría General Técnica del Ministerio de Justicia
Calle San Bernardo N° 62
28071 Madrid“.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. Mai 1999 (BGBl. II S. 434).

Bonn, den 22. Juni 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger